

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Sonnabend den 18. Juli 1896.

№ 82.

Außerordentliche Generalversammlung

des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Halle a. d. S.

Montag: Erster Tag (Schluß)

Hierauf nimmt Gash das Wort: Die Kürze des Zeitpunktes bis zur Anberaumung der Generalversammlung habe ihm bei Ueberbürdung der Redaktionsgeschäfte nicht Zeit gelassen, wie er gewollt, in ausführlichstem Maße die schwebenden Fragen zu behandeln; deshalb habe er auch die Broschüre nicht in beachtlichem Umfang erscheinen lassen können, aber aus dem bereits veröffentlichten und andern Material werde er seine gegen die Tarifgemeinschaft und die Geschäftsführung des Verbandes erhobenen Vorwürfe nachzuweisen im Stande sein. Reghäuser Referat vor gegenüber dieser Generalversammlung überflüssig. Hätte er dasselbe vor der Wahl der Deputation übergeben, so wäre sicher ein ganz andres Resultat herausgekommen. Das Urteil über die Tarifgemeinschaft sei durch die Abstimmung zur Wahl so gut wie gefällt, es bleibe demnach nur noch zu entscheiden, ob das beliebte Vertrauen zu den Prinzipalen gerechtfertigt sei oder nicht. Reghäuser habe erklärt, es hätte über den Tarifentwurf eine Abstimmung stattgefunden; dies sei aber nicht der Fall. Er (Gash) und Rebel hätten sich im Gegenteil gegen den Entwurf ausgesprochen, nur Döblin habe sich fortwährend dafür erwärmt; auch war der Entwurf bereits fertig vorhanden. Zunächst handelte es sich um ein Zusammengehen beider Organisationen; da aber die Prinzipale dem Verbande dauerndes Mißtrauen entgegenbrachten, konnte von einem weiteren beider Organisationen keine Rede sein. Die Prinzipale stellten sich vielmehr auf den Standpunkt, daß, wenn man auf dieser Forderung beharre, an eine Einführung des Tarifs am 1. Mai nicht zu denken sei. Die gebildete Subkommission konnte sich zum Abbruch der Verhandlungen dieserhalb nicht entschließen, weil sie keinen Auftrag hatte. Auch hätte er keine Veranlassung gehabt, seine gegenwärtige Ansicht zu der Tarifgemeinschaft den Vertretern klar zu legen, da diese sich selbst ursprünglich ablehnend verhielten, was er durch Anführung einzelner Redestellen der Gehilfenvertreter nachweisen wolle. Er habe sich von vornherein in einer Artikelserie gegen die Tarifgemeinschaft ausgesprochen, was aber bei den Verhandlungen nicht als Vertreter anwesend, hätte somit auch kein Recht gehabt, den Vertretern mit Rat und Tat an die Hand zu gehen. Man spreche von einer Vereinigung der Pressefreiheit; die heutige Generalversammlung werde jedenfalls eine ganz sonderbare Art von Pressefreiheit produzieren. Reghäuser habe mit seinem heutigen Referate seinen Gegnern direkt in die Hände gearbeitet, wie er auch 1892 in einem Corr.-Artikel sich mit seinen heutigen Ausführungen direkt in Widerspruch befände. Döblin schildere wieder die Gesamtlage als schlecht, die zu einem Inbeziehungtreten mit der Prinzipalenschaft verpflichtete. Aber die Erfahrung von 1891 müßte uns doch dazu drängen, diesmal eine andre Taktik einzuschlagen und den Weg langer Verhandlungen zu verlassen. So sollte die Leipziger Resolution ermitteln, wie sich die Gesamtgehilfenchaft zu der Tarifrage stellt. Da aber die Gausvorstände die Gehilfenchaft als nicht kampfbereit hinstellten, so war der Aufruf bestimmt, die eigentliche Meinung der Gehilfen festzustellen. Habe durch Aussprache hierüber fast allerorts die Gehilfenchaft die Auslassung ihrer Vertreter deklariert, so konnten wir auch zu einem Vorgehen schreiten. Der 1. März, der als Termin der Entgegennahme einer Erklärung seitens der Prinzipale gedacht war, wurde von Döblin ganz eigenmächtig verschoben. Döblin hat am 11. März in einem Schriftstücke nicht Bewilligung der Forderungen, sondern nur Verhandlungen verlangt; hieraus erhellt allem schon die falsche Behandlungsweise der Leipziger Resolution seitens des Vorstandes. Ich selbst habe auch nicht damit zurückgehalten, daß ich dem Krieg den Frieden vorziehe; daß aber die Resolution, die Prinzipale sollten am 15. April die Erhöhung der Löhne und Arbeitszeitverkürzung, ohne irgend welche andere Forderungen, anerkennen, fallen gelassen und trotzdem die Verhandlungen nicht abgebrochen wurden, blieb mir einfach unverständlich. Was die Angelegenheit der Maschinenmeister betraf, diesmaligen halbfrühlichen Verkürzung der Arbeits-

zeit anbelange, so sei das wenige, was für diese erretzt worden, seinen eignen Gedanken entsprungen; er habe sich Mühe gegeben, den Gehilfenvertretern diesen Gedanken zu imputieren, welche denselben erst dann an die Prinzipale weiter gegeben hätten. Redner hat die Bewilligungen, so winzig sie auch waren, ebenfalls acceptiert, auch in der Maschinenmeisterfrage stehe er noch auf dem Standpunkt und wenn sich die Maschinenmeister damit nicht befreunden könnten, so müsse denselben klar gemacht werden, daß diese Frage in der Weise nur erledigt werden kann, daß den Prinzipalen es ermöglicht bleiben muß, ihre Maschinen länger auszunutzen zu können. Die Leipziger Prinzipale beschloßen mit 80 gegen 4 Stimmen, nachdem die Buchhändler auf dem Plan erschienen, den Tarif am 1. Mai nicht einzuführen und hatten dadurch das in sie gelegte Vertrauen gemißbraucht; jetzt hätte müssen losgeschlagen werden, statt dessen aber kommt vom Hauptvorstande die Aufforderung an die Kollegen, sich nicht durch die Leipziger Vorkommnisse irritieren zu lassen und die Verhandlungen nahmen — gegen den Willen der Kollegenschaft — in Berlin ihren Fortgang. Jetzt kam das Scherbengericht in Berlin. In der stärksten Form wurde hier das Verlangen gestellt, die Opposition zu beschwichtigen. Der Bericht der Leipziger Versammlung erwiderte deshalb in der nächsten Nummer, was ihm (dem Redner) zwei grobe Küffel einbrachte. Nun legte Redner in Corr. sein Programm den Kollegen vor, indem er eine gemeinsame Organisation zur Tarifeinführung für denkende Arbeiter als unmöglich bezeichnet. Die Berichterstatterung wurde von den Gehilfenvertretern entweder künstlich weit hinausgeschoben oder sie fand so früh statt, daß eine Änderung der Ansichten nicht möglich war. Erst hielt Redner es für an der Zeit, die Politik des Zentralvorstandes, die seit Jahren eine arbeitserlöbliche sei, aufzudecken, namentlich die des Herrn Döblin, der stets eine zweideutige Politik getrieben und dessen Ziel und Krone diese Tarifgemeinschaft sei. Er hege den starken Verdacht, daß der Hauptvorstand jahrelang mit den Prinzipalen unter einer Decke stecke und noch stecke, um die Gehilfenchaft zu schädigen. Aus einer Schrift des Reg.-Rat Jäger, veröffentlicht im Deutschen Wochenblatt, einem sozialistenfreundlichen Organe, gehe hervor, daß der Zentralvorstand sich in gewissem Sinne mit dem Reg.-Rat Jäger, einem bedeutenden Beamten des Berliner Polizeipräsidiums, befunden habe; ihm sei Döblins Thätigkeit seit Jahren bekannt, er bekämpfe fortgesetzt die moderne Arbeiterbewegung. Seit 1890 betreibe er die Verhandlungen mit den Prinzipalen und habe sie den Kollegen verschwiegen; auch die 1889er Stettiner Resolution diene diesem Zweck und sollte überall bekannt gemacht und möglichst seit Jahren durchgeführt werden, um als Grundlage dafür zu dienen, von Organisation zu Organisation mit den Prinzipalen eine Tariforganisation ins Leben zu rufen; aber die Prinzipale gingen schon damals mit dem Gedanken schwanger, daß die Streikbewegung der Gehilfenchaft durch berufsgenossenschaftliche Organisationen unmöglich gemacht werden sollte. — Leipziger Führer erhoben den Vorwurf, der Hauptvorstand ließe sich zu sehr mit den Prinzipalen ein. Döblin zerstreute zwar diese Bedenken. Er (Gash) habe die Ueberzeugung, Döblin habe seit Jahren die Verkürzung der Arbeitszeit nur deshalb im Auge gehabt, um die Gehilfenchaft zu födern, sich zu einem Aufgehen ihrer eignen Organisation in eine gemeinsame mit den Prinzipalen zu entschließen. Bezeichnend für die Haltung des Zentralvorstandes seien auch wiederholte, der Gehilfenchaft bisher verschwiegen gebliebene Zusammenkünfte des Vorstandes mit Klinschardt und Dr. Schmidt. Redner kritisierte des fernern eine Bekanntmachung des Zentralvorstandes vom 1. November 1891, betr. den ziffermäßigen Nachweis der uns zur Bewegung zur Verfügung stehenden baaren Kampfmittel; die am 8. November an die Gausvorsteher ergangene Aufforderung, die Zahl der Streikenden bekannt zu geben; die Bekanntmachung vom 15. November, daß über 10000 Gehilfen ausstünden. Schon am 14. November habe die Zeitschrift das Redenexemplar bringen können, daß 8000 Gehilfen streiken, welche pro Woche 112000 Mk. brauchen, somit der Kampf voraussichtlich 4 bis 6 Wochen dauern werde. Praktisch waren solche Veröffentlichungen wohl zum mindesten nicht. Im November erklärte der Vorstand: Bistseitig verlange man

die Herausgabe eines Flugblattes; er könne sich dazu nicht verstehen, weil die gesamte Presse gegen uns sei — nun frage ich Sie, wäre nicht eben deshalb ein Flugblatt am Platze gewesen? Wigenstein erklärte während der Bewegung, er glaube nicht an eine Fortdauer der Bewilligungen in Berlin; flugs erklärte der Vorstand am 16. Januar in einem Zirkulare, daß auch er nicht daran glaube, daß die Bewilligungen noch länger gewährt bleiben würden. Am 19. Oktober erklärte der Vorstand ein Hintertreiben der Hilfsarbeiter in den Streit für geboten, am 21. Oktober aber knüpfte er hieran die Bedingung, daß dies nur dann geschehen solle, wenn die Personale geschlossen einträten. In einem spätern Zirkular an die Gehilfenchaft gab der Vorstand seiner Meinung dahingehend Ausdruck: es sei aus der Bewegung zu ersehen, daß wir mit einer weit größeren Zahl von Konditionslosen zu rechnen hätten als wir früher geglaubt; fast alle Plätze seien besetzt. Dennoch ließ der Vorstand ruhig weiter streiken. Bald darauf erklärte er wieder, die Provinz sei von Arbeitskräften gänzlich entblößt. Am 24. Dezember, also am Weihnachtstagesabend, wird eine Gehilfenvertreter-Konferenz nach Berlin berufen, wohl lediglich zu dem Zwecke, die unter dem Einfluß der Weihnachtstimmung stehenden Kollegen wankelmütig zu machen. Am 4. November teilte der Vorstand mit, daß weitgehende Unterstützung aus allen Ländern Europas zugesichert sei, was er (Gash) bestritt. Zwar habe er Döblin vor Eintritt in die Bewegung zu einem Inbeziehungtreten mit den ausländischen Kollegen geraten, wurde aber mit seiner Meinung abgewiesen. Döblins spätere Bemühungen, die Kollegen in die Prinzipalenschaft zu ziehen, welchen Versuch er ohne Erfolg auch auf der Breslauer Generalversammlung wiederholte, bestärken Redner in dem Glauben, daß ein gewisser Kompromiß zwischen Vorstand und den Prinzipalsführern bestände. Auch sei es marant, daß, als die Subkommission bei der diesmaligen Tarifverhandlung sich auf eine fünfjährige Gehilfenpflicht des Tarifs verpflichtete, Döblin beschwichtigend bemerkte, die Gehilfenchaft werde schon früher etwas herausgeschlagen können. Ein solches Verhältnis, wie es zwischen Prinzipalen und Gehilfenführern bestände, sei ein unnatürliches und berechtige zu der Behauptung, daß ein zweifelhafter Verkehr zwischen beiden Teilen stattfinde. Ein vertraulicher Verkehr mit den Prinzipalen sei ein ungesunder Zustand, weil der Arbeiterführer darüber an Schärfe und Geradheit seiner Meinung einbüße. Döblin habe sich den Prinzipalen gegenüber überhaupt als der unschädlichste Arbeiterführer ganz Deutschlands aufgestellt.

Döblin: Er hätte Gash in seiner Verdächtigungsmante nicht unterbreiten wollen. Zum Tarife hätte Gash sehr wenig gesprochen, seine Spitze richtete sich nur gegen ihn persönlich, er werde morgen Gelegenheit nehmen, Gashes Handlungsweise näher zu bezeichnen; für heute verlese er nur ein ihm zugegangenes Schriftstück (folgt der in letzter Nummer abgedruckte Brief von Hoffmann).

Richtigstellung. Im Versammlungsberichte der vor. Nummer hat sich leider ein unheilbarer Irrtum eingeschlichen insofern, als Döblin in seinem Referate nicht erklärte, daß die Lehrlingszahl in Leipzig die der Gehilfen um 80 Proz. übersteige, sondern daß nach einer über vier Jahre reichenden Statistik die Zahl der Lehrlinge um 80 Proz. gesteigert gegenüber einer sich gleichbleibenden Gehilfenzahl. Schliebs. Stöbel.

Dienstag: Zweiter Tag.

Es e gab bekannt, daß Rintel-Dortmund anwesend sei. Die gestrige Debatte habe ergeben, daß sich die beiden ersten Punkte unserer Tagesordnung nicht gut in der Debatte voneinander halten ließen; riet deshalb dazu, beide Punkte ruhig miteinander zu verquiden. In einer Geschäftsordnungsdebatte wurde ein Antrag Golds, einen Redner für und einen gegen die Tarifgemeinschaft sprechen zu lassen, abgelehnt. Der Antrag, für den erkrankten Stolle einen Ersatzmann herbeizurufen, wurde angenommen. Hierauf wurde in der Tagesordnung fortgefahren. Es ergriff zunächst Döblin das Wort. Die Generalversammlung werde es verständlich finden, wenn auch er heute seine Stellung Gash gegenüber näher präzisire; er wolle

Morgen Sonntag den 19. Juli erscheint eine Extranummer.

zunächst wenigstens Gajch einmal in seiner jetzigen Kon-
sequenz zeigen. Gajch habe den Streit gefälligst, derselbe
sei nicht ein Kampf der Meinungen, sondern das Feuer
konzentriere sich auf eine Person. Er habe mit Gajch
nie persönliche Differenzen gehabt, wohl sachliche, aber
dabei sei das persönliche hier von getrennt geblieben. Sei
Gajch ehrlich, müsse er dies zugeben, er wolle sich aber
auch anderseits von dem Vorwurf entlasten, zu nach-
giebig gegen Gajch gewesen zu sein. Doch begreife er
nicht, wie ein Mensch mit gesundem Verstande solche Ver-
dächtigungen aufstellen könne. Gajchs Prinzip sei: tolle
und herrsche. Das System Gajchs sei, nachdem er sehe,
daß er ausgespielt, erklären zu wollen: ich habe bewiesen,
was Döblin für ein schlechter Kerl gewesen; das ist mein
Verdienst. Gajch brauche keine Rücksicht zu nehmen, seine
Kampfmittel fänden keinen Anhang bei vernünftig
denkenden Menschen, nur dort finde er solchen, wo sich
die Leidenschaften über die gesunde Vernunft stellen.
Für die moderne Arbeiterbewegung glaube er (Redner)
mehr gethan zu haben als jener, der nur in Pfaffen
gearbeitet. Gajch erklärt, beeinflusst gewesen zu sein;
genieß haben wir gemeinsam erörtert, was am besten zu
thun sei. Gajch schrieb mir deshalb aber: Kuselbacher-
setzungen mit mir seien ihm keine Last, könnten vielmehr
nur zum besten der Organisation gereichen. Ich hatte
Vertrauen zu Gajch, habe nicht für möglich gehalten,
acht Jahre mit einem Menschen gearbeitet zu haben, der
Freundschaft nur heuchelte. Eine Anhängererschaft für
seine unanständigen Kampfweise spreche nicht für eine
moralische Höhe derselben; dieser Teil könne unserm Ver-
bande nichts nützen. Gajch sage, es liege System in
unser Führung; sehr richtig. Gajchs Taktlosigkeit hätte
aber mehr Gefahren für die Organisation herbeigeführt,
wäre der Vorstand nicht prinzipientreu geblieben. Ge-
wöhnlich lege ich auch Wert darauf, daß wir mit den Prin-
zipalen anständig unterhandeln; gleichviel ob es sich
darum handelt, mit einem wirtschaftlichen Gegner oder
einem Kollegen zu unterhandeln, bleibt eine anständige
Kampfweise geboten; das entspricht der Würde unserer
Organisation. Gajch hat bewiesen wollen, daß ich im
Streik nicht offen Farbe bekannnt habe; es hätte mir über-
haupt nichts daran gelegen, den Streit zu gewinnen.
Gajch kann dies hier ruhig aussprechen. In dem Ver-
streben, Führer zu spielen, hat Gajch stets Fiasko ge-
macht. Sie werden uns das Zugeländnis machen müssen,
daß die beste Erfahrung in Taktik auf unserer Seite ist.
Bewiesen Sie uns, daß wir nicht erreicht haben im
Frieden, was wir mit 10000 Kämpfern und reichen
Kampfmitteln vergeblich angestrebt haben. Aber Gajch
kombiniert einfach, er stempelt mich zum Mitarbeiter der
Zeitschrift, macht mich für den Inhalt der Zeit. Ich
verantwortlich usw. Gajch bemängelte unsere Persönlich-
lichung des Vermögensstandes kurz vor dem Streik.
Hätten wir dies nicht gethan, dann hätten die Prinzipale
einfach aus früheren Kasienabläüssen sich das nötige
Material selbst zusammengekauft. Abhalten von Kon-
ferenzen mit den Gewerkschaftern werden bemängelt; diese
aber seien dem Vorstand ausbrechungen worden; auch
Leipzig habe solche verlangt. Gajch sehe überall Verrat;
alles Harmlose werde in gefährliche Situation umgestaltet.
Unser Stellung betreffs der Hilfsarbeiter während der Be-
wegung erklärte sich aus unserer Meinung, daß wir nicht
streiken um zu streiken, sondern das Eintreten der Hilfs-
arbeiter sollte nur geschehen, wo es Zweck hatte. Redner
verlas einen Protest der Hilfsarbeiter Berlins vom 7. Juli
1896; dieselben erklärten sich gegen die geplante Ein-
führung des Tarifs seitens der Gehilfen auf fünf Jahre,
erklärten darin eine Unterbindung der Dispositionsfähig-
keit der Gehilfen, befürchteten damit selbst Verlust zu er-
leiden und verlangten eine Ablehnung des Tarifs seitens
der Generalversammlung. Sie ersehen hieraus, daß es
durch Gajchs Machinationen soweit gekommen ist, daß
wir bei anderen Organisationen erst anfragen müssen,
wie wir unsere Lohnbedingungen zu stellen haben.
Die Konferenz am 24. Dezember 1891, die nach Ansicht
Gajchs angehen war, den Sieg unserer damaligen Be-
wegung zu vereiteln, ist einberufen worden, um eine
Aussprache darüber herbeizuführen, ob wir ein Anerkennen
des Herrn Dr. Schulze-Gödeberts, der sich erboten, Unter-
handlungen anzuknüpfen, annehmen konnten. Der Streit
stand damals bereits sehr schlecht und er hielt es für
seine Pflicht, der Situation gemäß zu handeln. Die Ver-
handlungen mit den Prinzipalen während des Streiks
fanden auf direktem Vorgehen der Berliner Kollegenchaft
statt; wenn Gajch behauptete, er hätte bald nach Beginn
des Kampfes denselben für wenig aussichtslos gehalten,
beweise doch, daß er die Verhältnisse richtig übersehen
und seien ihm Vorwürfe der Laubheit, wie Gajch sie jetzt
erhebt, bisher nicht gemacht worden. In welcher Weise
Gajch aber oftmals Seitenprünge gemacht, beweisen eine
Reihe Artikel aus seiner Feder und Briefe, die Redner
verlas. So schrieb er: Wir müssen stabile Verhältnisse
herbeiführen; auf längere Zeit will er den Frieden, be-
tont, daß die Prinzipale aus dem Streik nichts be-
willigen können; es müssen Verhandlungen angebahnt
werden, sonst löse sich alles auf und vandaktische Verhält-
nisse und Anarchie im Gewerbe griffen Platz; er merzte
aus einem Zirkulare das Wort „Verband“ aus, weil es
nach seiner Meinung ein roter Lappen sei und setzte
dafür „organisierte Kollegenchaft“ usw. Ich bin in dem
angenehmen Lage nur Gajch sprechen zu lassen aus seinen
Artikeln und Briefen usw. und Sie sehen, welchen Wan-
dungen er fähig ist. Noch im Januar schreibt er drei-
mal, es ist nichts zu machen und heute hält er den

Kampf für das beste. Der Hauptvorstand glaubt stets
konsequent vorgegangen zu sein. Betreffs des ermunter-
nden Briefes an die Gewerkschafter sagte er (Gajch) bravo
und ist mit dem genialen Plane vollständig einver-
standen. Er bekämpfte die Gewerkschafter-Konferenzen und
hat dieselben mehrmals gewollt. Wir haben stets die
Beschlüsse der Generalversammlung respektiert, Gajch aber
hat sich über alles hinweggesetzt und durch seine wüste
Agitation, in der er die niedrigen Leidenschaften der
durch die Ungunst der jetzigen Verhältnisse betroffenen
Kollegen anstachelte, eine Situation geschaffen, die auf
Jahre hinaus uns zu schädigen im stand ist und uns
den Prinzipalen, unseren wirtschaftlichen Gegnern, gegen-
über alle Schwächen zeigt, die im allgemeinen Interesse
unbedingt nicht der Öffentlichkeit dürften preisgegeben
werden. Aber, da er die Ehre uns abgehauten, bleibt
uns nichts andres übrig, als Genugthuung zu verlangen.
Bei den Tarifverhandlungen stellt er die Resolution,
die von den Prinzipalen acceptiert; auf seine Veran-
lassung wurden die Verhandlungen fortgesetzt, den Aufruf
an die deutsche Kollegenchaft stellt er auf, bis auf den
letzten Passus von mir und ist damals voll und ganz
einverstanden damit, und vieles andere, was heute als
schädigend für den Verband nach seiner Ansicht bezelchnet
wird. Das Urteil darüber überlasse ich ruhig den Kol-
legen. Unsere Bemühungen sind darauf gerichtet, zu ver-
suchen auf gewerkschaftlichem Gebiet eine Besserstellung
der Kollegen zu erringen; Gajch will aber den Kampf
um des Kampfes willen, da er sonst, wie er sich geäußert,
kein Programm für den Corr. hat, ob die Kollegen
dabei ins Elend gestoßen werden, ist ihm gleichgültig.
Er bringt einen Kampfsartikel an der Spitze in derselben
Zeit, als die Vertreter mit den Prinzipalen verhandeln,
worauf natürlich die Retifizierung erfolgen mußte. Daß
die Kollegen mit den Vereinbarungen nicht einverstanden,
ist natürlich und haben die Vertreter sowohl wie auch er
dies ausgedrückt, unsere Abmachungen können aber auch
nicht alle befriedigen, da sie für die Gesamtheit bestimmt;
mehr zu erreichen war nicht möglich nach reichlicher Er-
wägung der Verhältnisse im Einverständnis aller Ver-
treter. Gajch aber operiert mit Schlagworten, geht
treiben mit Auslegungen, die gelegentlich am Bierische
gefallen, begeht Vertrauensbrüche schwerster Art, um sich
als den kommenden Mann zu bezeichnen. Ueberall spricht
er von meiner Neugier, daß die gesamte Opposition
aus besessenen Elementen bestehen soll. Wie sieht es
aber damit? In Berlin traten als Redner gegen die
Abmachungen ein paar Kollegen aus, die thatsächlich an-
getrunken, und auch einige Konditionslose, dies teilte ich
gesprächsweise Gajch mit. Man muß doch, um einen
Kampf unter den jetzigen Verhältnissen zu inszenieren,
betrachten, wer gesonnen ist, einzutreten und da kommen
doch auch die Kollegen in Betracht, die dann gewonnen
sind, die Arbeit niederzulegen. Die große Mehrheit aber
nimmt das Gebotene an und es muß auch als eine Ver-
besserung bezelchnet werden. Gajch aber spricht in dema-
gogischer Weise von 50 Pfg. Zulage, unterläßt die Ver-
fürzung der Arbeitszeit geschildert, die er kurz vorher
als einen Kulturfortschritt bezelchnet und benutz wöchent-
lich drei Doppelnummern des Corr. und noch zwei Flug-
blätter, um für sich Stimmung zu machen und das
Gesellschaftliche zu diskreditieren. Der Vorstand hat keine Waise
gehabt, sich diesen Vorwürfen gegenüber zu verteidigen
und baut nur noch auf den gefunden Sinn der Kollegen
und hat auch damit, glaube er, nicht Fiasko gemacht.
Bei der Breslauer Generalversammlung soll er (Redner)
zu einem möglichst allgemeinen Eintritt in die Prin-
zipal-Klasse geraten haben; das sei nicht wahr; wir gaben
nur zu erwägen, ob es praktisch wäre, auf einmal alle
zum Austritte zu zwingen, oder ob es schädlicher für die
Prinzipal-Klasse sei, die Kollegen noch länger aus der
Kasse ziehen zu lassen. Nachdem Redner noch eine Reihe
von Angriffen Gajchs widerlegt, meinte er: Gajch sehe
auf dem Standpunkte, die Generalversammlung werde
sein Recht befestigen. Der Wunsch Gajchs, in Blittenberg
den Streit unparteiisch beizulegen, mußte abgelehnt
werden, da die Generalversammlung darüber entscheiden
sollte. Gajch konnte sein Vergehen bereits aus der
Gewerkschafterkonferenz in Berlin einräumen. Auch möge
Gajch an seiner Broschüre ruhig weiter arbeiten. Wie
er mich aber hinstellte, ist es mir unmöglich, mit einem
solchen Manne noch länger pattieren zu können. Am
17. Mai gab Gajch einen Entwurf zu einer Bekannt-
machung, mit dem Schluß: Unterzeichnete sind überzeugt,
daß alle geschäftsführenden Personen in der jüngsten Be-
wegung einzig und allein von der Absicht geleitet wurden,
der Allgemeinheit gebiet zu haben und jeder das Beste
gethan zu haben; unterzeichnen sollten Vorstand, Gehilfen-
vertreter und Redaktion. Weiter sollte der Vorstand
gegen einen Antrag Frankfurt a. M. betr. Obligatorisierung
des Corr. gekämpft haben; Döblin bewies, daß Gajch
vielmehr selbst im Corr. es ausgesprochen: Der Wunsch
einer Ablehnung liegt im Interesse einer Organisation.
Gajch habe ferner geraten, den Corr. außerhalb der Or-
ganisation zu stellen, um nicht mit derselben verquirit,
diese aber vor behördlichen Maßnahmen gesichert werde.
Er wollte damit freie Bahn schaffen, daß wir Politik
hineinziehen konnten, um also eine absichtliche Auflösung
des Verbands herbeizuführen. In Sachen der Votalsfrage er-
hebt sich Gajch in einem Art. kel gegen den Vertreter-Vorwärts,
nennt dessen Schreiwiese über den Vergarbeiterkongreß
lächerliches Pfaffengetöse und hält seine Leser für
denkslos. In einem Artikel gegen Auer über dessen An-
griffe auf den sogenannten preuß. Gewerksverein erklärte

Gajch im Corr.: ... Kein Buchruder ist zu Kreuz ge-
trochen, keiner wollte sich der Polizei ergeben; wir gingen
lediglich von dem Grundfah aus, daß wir uns fügen
müßten, weil wir vereinzelt nichts, vereint vieles sind.
Jetzt benutz Gajch diesen preußischen Gewerksverein zum
Titel einer Broschüre und wolle damit den Vorstand als
Verräter an der eignen Sache stempeln. Meine Herren.
Unsere Generalversammlung ist von großer Bedeutung;
für Deutschlands Arbeiterschaft soll entschieden werden, ob
in praktischem Handeln oder in Pfaffen bei gewerkschaft-
lichen Dingen gearbeitet werden soll. Ich stehe hierin
nur auf gewerkschaftlichem Programm, ich kann nur für
ein solches eintreten, wenn sie an unserm Ziele festhalten
wollen. Und wenn man den Vorstand als Gegner
moderner Arbeiterbewegung bezelchnet, ist es eitel Mähe,
sich hierzu noch weiter auszusprechen; wie ich mich hierzu
stelle, haben Sie Material genug, um entscheiden zu
können. Was Gajchs Exempel über das Wahlergebnis an-
langt, ist unser Verbandskassierer in der Lage, nach-
zuweisen zu können, daß in demselben in einzelnen Gauen
sich hunderte von Mitgliedern an Zahl mehr finden, als
wir in Wirklichkeit haben. Auch sei in der That die
Öffentlichkeit täuscht worden. Klapprott z. B. bekam
in einem Schreiben von Wank-Wilhelmshaven Anerkennung
für sein Eintreten um den Tarif, kurze Zeit darauf sollte
er auf Verlangen derselben Mitgliedschaft sein Amt nieder-
legen. Die von Gajch angezogenen geheimen Verhand-
lungen zwischen Vorstand und Klinkhardt-Dr. Schmitz
sind nach ihrem ganzen Inhalt im 1891er Generalver-
sammlungsprotokolle festgelegt; das nenne Gajch geheime
Konferenzen; hätte nur Gajch solche Schandthaten des
Vorstandes früher aufgedeckt. Redner schloß: Ihre Ver-
antwortlichkeit ist in diesen unruhigen Zeiten allen Mit-
gliedern nicht so leicht in Erinnerung. Betrachten Sie
unser Stellungnahme unter Beachtung auf die Kasien-
oder Unterstützungsweize unser Vereins, wie sich die-
selben früher in abgeordnetem Rahmen entwickeln konnten,
sich und fallen dieselben jetzt mit unserer Organisation.
Wollen Sie bei uns sogenannte Aengstlichkeit sehen, so
ist dieselbe diktiert durch den Ernst unserer Verantwortung.
Denn betreten wir falsche Bahnen, haben wir mit dem
Nichtsein unserer Organisation zu rechnen. Wir be-
dauern, die Internas unserer Organisation hier so offen
darlegen zu müssen, aber wir sind durch die Kampf-
weise Gajchs hierzu gezwungen worden; wir müßten den
Schleier über unsere inneren Angelegenheiten lüften, um
unsre Ehre zu wahren. Der Vorstand hatte sich vor-
genommen, unentgelt bis zur Generalversammlung seine
Schuldigkeit zu thun; er hat dies gethan, ziehen Sie nun
nach Gefallen aus seiner Amtierungsweise sowohl als
aus seiner Abwegr Ihre Konsequenzen.
Müller-Essen: Die persönlichen Streitigkeiten über-
gehe ich, will aber hier konstatieren, daß nicht Gajch die
Bewegung gegen die Tarifgemeinschaft gemacht, sondern
daß dieselbe durch die bösen Erfahrungen früherer Zeit
aus dem Herzen der Kollegenchaft hervorgegangen, die
erkannte, daß es ein Unbding ist, die Gegensätze zwischen
Prinzipalität und Gehilfenchaft zu überbrücken, und
wenn auch heute eine Majorität sich dafür erklärt, so
wird damit die Gegnerschaft nicht beseitigt werden; denn
die jetzige Lage ist gegen die Mehrheit der Kollegen
geschaffen und damit ein Lieblingswunsch einzelner An-
hänger der Tarifgemeinschaft in Erfüllung gebracht; wir
wollen dies als einen Verrat jedoch nicht betrachten. Ob-
gleich ich dafür bin, daß in unserm Vereine Politik
nicht getrieben werden kann, bin ich doch der Ansicht,
daß es ein Unbding ist, daß Vertreter, welche auf einem
freisinnigen Standpunkte stehen, geeignete Personen sind.
Wir sehen in Rheinland-Westfalen, daß die Prinzipalität
nicht gewonnen ist, den Tarif zu bezahlen, während sie
die Organisation acceptieren müßten; wir sehen aber auch
das Unternehmertum im Bunde mit der Polizei, welche
sie dabei unterstützt, überall aufs schärfste vorgehen gegen
die Arbeiter, wenn sie sich bessere Arbeitsbedingungen ver-
schaffen wollen, ganz gleich ob sie sozialdemokratische oder
katholische oder christlich-soziale Arbeitervereinigungen sind.
Die Opposition wird bestehen bleiben und ist die treibende
Kraft in der Organisation. Sie, die Anhänger der Tarif-
gemeinschaft, scheuen den Kampf, und sind gewöhnt von
den Kollegen, welche sich weniger darum bekümmern.
Der Opposition ist es zu danken, daß in vielen Orten
der Tarif bereits Eingang gefunden hat. Daß ein Akt
in die Organisation getrieben, kann nicht behauptet wer-
den, denn unser Kasienwesen wird denselben verhalten.
Die Einigungsämter machen das Eintreten in eine Aktion
unmöglich und wenn Arbeiterblätter sich in unsere Be-
wegung einmischen, so haben dieselben wohl ein Recht dazu,
wenn unsere Maßnahmen schädlich wirken können für
die gesamte Arbeiterschaft. Redner ist der Ansicht, daß
wir auch ohne Tarifgemeinschaft die heutigen Vorteile
erreicht hätten, ja die Berliner Kollegen z. B. würden,
wenn sie die günstige Konjunktur benutzen, in kurzer Zeit
den Kunststudentat erringen. Wir erklären uns mit
dem materiellen Teil einverstanden, bitten aber die Tarif-
gemeinschaft abzulehnen. Die Anrufung der Gerichte in
Sachen Gajch Döblin halte er nicht für richtig, sondern
es dürfte genügen, wenn die heutige Generalversammlung
in dieser Angelegenheit gesprochen.
Kritik-Entwurf: Als 1891 die Gehilfenvertreter der
Tarifkommission ihre Mandate niederlegten, thaten die-
selben es nicht, weil sie mit der Tarifgemeinschaft im
allgemeinen schlechte Geschaft gemacht, sondern um die
Prinzipale zu neuen Verhandlungen zu zwingen. Später
folgten dann die Gründung des protegierten Gutenbege-

bundes und der Prinzipalklassen, mit ihren an diesen Orten sich sehr bemerkbar machenden Schikanerungen unserer Mitglieder. Diese Wahrnehmungen hätten den Zentralvorstand fortgesetzt veranlaßt, auf Abhilfe zu sinnen. Bis Spätjahr 1895 war es nichts zu ermöglichen, dann hätten die stattgefundenen Geworbesicherungskonferenzen einigermaßen Klärung in die Situation gebracht, wenn auch nicht in dem dem Vorstande für seine vorwärtsstrebenden Pläne günstigen Sinne. Dann kam das Jahr 1896 und mit ihm die bekannte Leipziger Resolution, welche besagte, daß möglichst Vertüzung der Arbeitszeit zu erstreben sei. Er sowohl wie die anderen Gehilfenvertreter wußten, daß die Organisation nicht in der Lage sei, sich den Reunfundenstag zu halten. Dann kamen die Tarifkommissionen und sel in weiterer Folge von den Vertretern eine Resolution angenommen worden, welche die Tarifgemeinschaft in sich schloß. Warum sei damals nicht vor dem Vortreten von Irrwegen, die durch die Anbahnung der Tarifgemeinschaft geschaffen, gewarnt worden? Ob die später gefallenen Beschuldigungen, wie Verräter, Volkspöbel, auch nur den Schein von Berechtigung hätten, überlasse er der Opposition zu entscheiden. In Versammlungen sei es leicht, Anträge zu stellen, diese aber vor den Prinzipalen zu vertreten und durchzusetzen, furchtbar schwer und darum konnten sie auch nur eine halbseitige Vertüzung der Arbeitszeit bringen. Stelle man sich heute auf den Standpunkt, man wolle nur den materiellen Teil des Tarifs anerkennen, dann möge man nicht verkennen, daß dazu auch die Dauer des Tarifs gehöre. Tarifamt, Schiedsgerichte usw. seien bis zum Herbst vertragen, das solle man aber bei Besprechung der Schiedsgerichte ins Auge fassen, daß Lohnforderungen nicht vor daselbe gehören, sondern nach wie vor ihre Erledigung vor den Gewergerichten fänden. Er fühle sich frei von irgend welchem Gefühl von Schwärmeret für die Tarifgemeinschaft, frage sich aber, was dann, wenn Ablehnung derselben erfolge? Als die Verhandlungen der Tarifkommission in Leipzig am Schluß standen, waren die Sektionsvertreter der Prinzipale in Leipzig anwesend, doch wohl nur um zu beraten was dann geschehen solle. Redner warnt vor Ablehnung des Tarifs. Er glaube nicht an dessen fünfjährige Dauer und eruche die Opposition genau zu prüfen, was in dem Tarife stehe und nicht bloß das zu glauben, was Gash darüber sage. Daß das Koalitionsrecht durch die Tarifgemeinschaft geschädigt werde, weist Redner entschieden zurück. Sich zu der Kampfesweise Gashes wendend, weist Knie darauf hin, daß ihm derselbe den Vorwurf gemacht habe, er habe durch rasche Einberufung der Stuttgarter Versammlung nach der Berliner Tarifberatung die Stuttgarter Kollegen bspiziert. Er habe diesen Vorwurf im Corr. in anständiger Form zurückgewiesen, die daran gehängte Bemerkung Gashes bezeichne er als eine Gemeinheit. Es sei weit gekommen in unsrer Organisation, daß man es wage, Kollegen, die fünf, zehn, zwanzig und mehr Jahre unablässig im Dienste der Organisation gewirkt, in der Offenlichkeit als Verräter zu brandmarken. Wenn die Opposition erst einmal in gleicher Dauer ihren Widerstand gegen die Prinzipale betätige, würde es ihm nicht einfallen, wenn sie es einmal ihm nicht recht machte, sie mit ähnlichen Namen zu belegen.

Riedel-Leipzig: Nicht seit Anfang, nicht seit einigen Jahren, sondern schon in der Stuttgarter Generalversammlung hat die Gehilfenschaft dazu Stellung genommen, gesunde Zustände zu schaffen. Wir haben in Stuttgart in besonderer Konferenz versucht, einen Boden zur Regelung der Verhältnisse zu schaffen. Alles mußte wohl erwogen werden; frühere Kämpfe haben ergeben, daß Personen, die einst als Führer zu uns gestanden haben, uns im entscheidenden Augenblicke verlassen. Wenn ein Gewerkschaftsführer sich von dem Augenbilde der Situation beherzigen läßt, so hat er nicht richtig gehandelt; es muß vielmehr den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Mein Eintreten für eine Bewegung im Frühjahr hat es erwiesen, daß die Gehilfenschaft hierzu sich nicht stark genug fühlte. Die Wille des Unternehmertums, unsre Prinzipalität, hatte ebenfalls ausdrücklich erklärt, daß in der Nähe der Zeit von einer Arbeitszeitverlängerung keine Rede sei. Ein Kampf wurde nicht gewünscht, deshalb mußten Verhandlungen angestrebt werden. In der Januar-Konferenz hatte ich die Ueberzeugung, vom Kampf abraten zu müssen. Wir hatten ferner im Oktober und November versucht, ein Interesse für ein Vorgehen in die Mitgliederkreise hineintragen; das gewonnene Resultat aber hat uns zur Vorsicht gemahnt. Die endlich unter Döblins Anwesenheit in jener Leipziger Versammlung eingeleitete Bewegung sollte Veranlassung geben, Verhandlungen auf der Grundlage des alten Tarifs anzuknüpfen. Gash habe zu einer Resolution erklärt, daß er derselben eine Fassung geben, die andere Forderungen der Prinzipale verhindern sollten. Es stimme dies aber nicht, sondern es stände vielmehr darin: Die Einführung der Vertüzung der Arbeitszeit und Lohnverhöhung wird nicht abhängig gemacht von sonstigen Forderungen der Gehilfen. Wenn Gash meinte, er hätte mit seiner Position für die Maschinenmeister etwas Erreichtes geschaffen, so irrte er sich; auch das Abkommen betreffs der Städte unter 20000 Einwohnern ist sein ureigenster Gedanke. Auch mußte Gash wissen, daß die Leipziger Innung sich in Sachen der Tarifeinführung auf einen Sonderstandpunkt stellen würde; Gash hätte aber erst nach Ablehnung seitens der Innung Schritte zur Ausfüllung unternommen. Nach längeren Ausführungen des Redners,

in welchen er seine Ansicht über die Tarifgemeinschaft aus sprach und sich als Gegner derselben erklärte, wandte er sich gegen Gash persönlich. Er beurteilte dessen Handlungsweise mit den schärfsten Worten und erklärte, daß Gash mit Schluß der Generalversammlung auch aufzuhören habe, als Redakteur unsers Verbandsorgans zu funktionieren. Schließlich verlangte Redner eine unbedingte Ablehnung der Tarifgemeinschaft und verlangte Aufschluß, ob der Vorstand von jenem Revers zum Tarife, der den tiefsten Unwillen erregt habe, bereits vor der Vertüzung des Tarifs Kenntnis hatte.

Giesecke-Berlin (fortgesetzt): Riedel wünscht Auskunft über den Revers zum Tarife behufs Unterschrift. Riedel habe in Leipzig erklärt, er habe der Tarifgemeinschaft zugestimmt; nicht die Tarifgemeinschaft sei das jede Bewegung der Gehilfenschaft beschränkende Moment, sondern die fünfjährige Gültigkeit des Tarifs. Auf Riedels weitere Erklärung, er wolle im Frühjahr wieder los schlagen, seien die Prinzipale ruhig geworden, und man habe ihn deshalb prinzipalseitig gefragt, was man sich davon denken solle; das war mit die Ursache des Reverses. Aber was von dem Gehilfen verlangt wurde, haben die Prinzipale ebenfalls thun müssen. Wenn wir feststellen wollen, wie der Tarif eingeführt wurde, müssen wir wissen, wie wir damit stehen; dazu sind die Revers bestimmt; auch wollten die Prinzipale wissen, ob die Gehilfenschaft den Tarif anerkenne. Eine Vertrauensmännerversammlung Berlins, die ich zusammenberief, veranlaßte mich, zu verlangen, daß dieser Schein erst nach unsrer Generalversammlung zu unterschreiben sei, nachdem ein völliges Weglassen des Bittels nicht zu erreichen möglich. Demgegenüber erklärten Prinzipale, nun auch mit der Einführung des Tarifs warten zu wollen; schließlich aber wurde meinem Verlangen, Bürgenstein solle die Prinzipale auffordern, daß dieselben in dieser Frage keine Pression auf die Gehilfen ausüben sollten, nachgegeben und ein bezüglicher Aufruf an die Prinzipale erlassen. Die in Leipzig und Hannover bereits ausgeführten Kündigungsfälle wurden durch Vermittlung Bürgensteins wieder rückgängig gemacht. Haupturheber jenes Bittels aber ist und bleibt Riedel; seine Schwönkung ist mir unverständlich, ebenso wie er in Leipzig sich hin stellen konnte und von einem Losschlagen im Frühjahr zu phantastieren.

Massini-Berlin: Die Bewegung, welche zu den Verhandlungen geführt, sei eigentlich Berliner Ursprungs. Die Machinationen der Prinzipale unsrer Mitglieder gegenüber wären seit Jahren unendlich geworden, wobei er an die Kaffengründungen erinnere sowie daran, daß die Kollegen gezwungen wurden, Revers zu unterschreiben, nach denen sie sich verpflichten mußten, dem Vereine nicht anzugehören. Auch die tariflichen Verhältnisse ließen zu wünschen übrig. Es wurde immer und immer wieder versucht, diese Bedrückungen abzuhalten, jedoch ohne Erfolg nicht genügend. Dies veranlaßte den Vorstand an den Zentralvorstand heranzutreten, um einen energischen Schritt zu veranlassen, und es kam die erste Besprechung der Geworbesicher zu stande, in welcher Leber er mit Döblin und Gash die einzigen waren, die sich zu einem Handeln bereit erklärten, von einem Kampfe war — den Verhältnissen entsprechend — dabei nicht die Rede; es sollte ein fester Boden geschaffen werden. Damals schrieb Gash in diesem Sinne verschiedene Artikel, betonte lebhaft, daß Prinzipale und Gehilfen wieder ihr Herz erndt und man zu festen Tarifabmachungen werde kommen können, die er als bedeutsame Ertragenschaften schwingreich setzete. Er stehe heute voll und ganz noch auf demselben Standpunkt und halte die jetzigen Abmachungen für einen bedeutsamen Fortschritt. Die Separatisten habe bereits in unserm Gewerbe ihren Einzug gehalten und mit dieser Thatsache hätten wir zu rechnen. Die Maschinenfabrik Ludw. Löwe baue dieselben, lerne Seger an und lehere für Buchdrucker den Satz, der sich bedeutend billiger stelle und den Prinzipalen Material und Platz spare. Unser Selbsterhaltungstrieb nötige uns, der Tarifgemeinschaft zuzustimmen, um die Konkurrenz der Maschine in die richtigen Bahnen zu leiten. Die Arbeitslosigkeit durch Vertüzung der Arbeitszeit zu besitzigen, dürfte uns auf gewerkschaftlichem Gebiete nicht gelingen, weit eher sei es möglich, die Opfer der heutigen Wirtschaftsordnung durch Unterstüßungen vor dem Untergange zu schützen. Daß die Großstädte allein vorgehen, ginge nicht ohne weiteres an, da sonst der jetzt schon außerordentlich starke Zuzug noch durch die schlechter gestellten Kollegen der Provinz vergrößert werde; abgesehen davon, daß die Prinzipale logischerweise die für sie günstige Zeit ebenfalls zu unserm Schaden für sich ausnützen würden. Lehnten wir die Tarifgemeinschaft ab, so seien die Folgen heute kaum zu übersehen. Andernfalls aber würden wir durch eine längere Zeit der Ruhe uns nicht in Schlaf wiegen, sondern im allgemeinen Klassenkampf auf politischem Gebiete unsere Männer stellen. Wir brauchen aber auch die Ruhe, um unsern großartigen Mitarbeiter zu helfen, sich mehr als sonst ihren Organisationen anzuschließen, damit dieselben in späterer Zeit mit eintriten könnten für eine Vertüzung der Arbeitszeit, wenigstens in all den Betrieben, wo sie mit uns zusammen arbeiten. In der Maschinenmeisterfrage müsse dahin gewirkt werden, daß jeder nur 54 Stunden die Woche arbeite. Durch die wüste Agitation Gashes hätten wir die Aufmerksamkeit der Prinzipale gewekt und uns schon jetzt schwer gelähmt; es seien unser Hinweis darauf in einer größern Diktion erneut Revers vorgelegt und würden jetzt nur Richtigmitglieder eingestellt. Riedel habe

eine übertriebene ganz unberechtigte Angst vor der Unterschrift unter den neuen Tarife; er lege derselben keine Bedeutung bei. Die Kollegen Rheinland-Westfalens und Pommern hätten allen Grund, für die Tarifvereinbarungen zu stimmen, da in ihren Gauen heute von einer tariflichen Bezahlung kaum gesprochen werden könne und sie alle Ursache hätten, hiergegen sich recht reg zu rühren. Gash gegenüber könne er nur verweisen auf die Artikel in der Solidariät, die streng sachlich sich von den groben persönlichen Anzuspinnungen unterscheiden. Wenn am 1. Mai in Leipzig der neue Tarife eingeführt worden wäre, dann hätten wir heute keine Opposition, durch dieselbe aber seien auch die weiteren Verschlechterungen entstanden. Gash operiere in unanständiger Weise mit den gewagtesten Kombinationen gegen alle; er halte ihn deshalb für unwürdig weiter im Amte zu verbleiben.

Rauh-Leipzig steht nicht auf dem Standpunkte Rezhäufers, der uns den Tarife mit seinen Ausführungen so schmachtet gemacht; er habe sich dabei über manches hinweggesetzt, daß Redner sich wundern müsse. Auch glaube Rezhäufers, daß die Zeit großer Streiks überhaupt vorüber sei; womit begründe er das? Jeder, der sich nur in etwas mit Sozialpolitik befaße, müsse wissen, daß die Gegenläufe im Massenstaate sich nicht mildern, sondern verschärfen. England habe wohl in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges große Streiks durchgeführt; die Zeit der Streiks sei nicht vorüber, sondern diese würden in noch größerm Umfang als bisher auftreten. Rezhäufers ziehe Auslassungen aller möglichen sozialistischen Redner an, um seine Ansicht damit zu belegen; uns aber könne es ganz gleich sein, welche Ansichten diese über Gewerkschafts sachen haben; auch repräsentierten einzelne Personen die Partei nicht. Thatsache aber sei es, daß auf Kongressen der Partei ein Umschwung in ihrer Stellungnahme zur Gewerkschaftsbewegung eingetreten ist. Grundgedanke der neuen Tarifgemeinschaft sei, beide Teile sollen das thun, was im beiderseitigen Interesse liegt. Nach alter Erfahrung aber habe bisher trotz Tarifgemeinschaft das Unternehmertum gethan was es wollte. Und was war die Ursache zu unsrer in Leipzig eingeleiteten Bewegung? Die Bedrückung des Unternehmertums; die hohe Verlehrs zahl. Döblin habe zu unsrer Freude die Bewegung in die Gehilfenschaft hineingetragen, habe sich dann aber wie früher nur immer an die leitenden Kreise, an die einzelnen Personen gewandt und eine Abfuhr erlitten; hätte Döblin den Weg direkt zu den Mitgliedschaften genommen, er hätte schon viel früher Zustimmung zu der beabsichtigten Bewegung gefunden. Wer nun die Tarifverhandlungen protokolllarisch verfolge, dem werde es auffallen, daß unsere Vertreter unsre Organisation gar nicht, die der Prinzipale aber um so mehr in den Vordergrund gestellt haben. Unsere Vertreter haben frühere Generalversammlungsbeschlüsse gar nicht respektiert, und haben uns schließlich diesen Revers zum Tarife in die Hände und damit uns allen einen schlimmen Streich gespielt. Lesen Sie ferner Klapproths Dank an Wiener; wie kann man einen Mann, wie Wiener, mit Dankesworten bedenken, der unsrerseits viel eher einen Fußtritt verdient hätte. Lesen Sie ferner das Schreiben zweier Abteilungen unter der Gehilfen, den Unterschied zwischen kleinen und großen Städten, die Druckerbestimmungen usw. Wo ich gerade den Schöpfer dieser leichten Wünsche, mag unangegprochen bleiben. Aber ich möchte betonen, wir Drucker sind der Organisation angehörig, damit auch unsere Interessen gleichartig vertreten werden. Die theoretischen Anschauungen Massinis und Gashes hierüber sind für mich nicht maßgebend. Man hat uns etreden wollen, wir hätten selbst uns diese Schuld am geschaffenen Zustande beizumessen; wir aber erfüllen als Verbandsmitglieder doch dieselben Pflichten wie die Seger, wenn es uns auch mitunter an der Vergabung fehlen mag, wie die Seger unsere Interessen vertreten zu können. Aber wir müssen für diese Sonderstellung der Drucker eine Verbe rderung herbeiwünschen, möge uns die Generalversammlung damit an die Hand gehen. Ein Charakteristikum für die Gehilfenvertreter ist es, daß diese sich förmlich schuppen und paffen ließen vom Unternehmertume, daß sie sich dazu mißbrauchen ließen, ihr eignes Organ zu beschimpfen; auch Giesecks Dank den Prinzipalen gegenüber, Klapproths Dank usw., sind beachtenswerte Momente. Die Tarifgemeinschaft nehmen wir auf keinen Fall an; auch betrefß der Nebeninstitutionen zum Tarife waren wir bisher der Meinung, daß diese nur zum Scheine mitgeschaffen, um später von der Organisation einfach wieder umgestoßen zu werden. Täuschen Sie sich nicht, Sie werden die Agitation hiergegen nicht aufhalten, die Tarifgemeinschaft muß zu Falle gebracht werden. Sie sagen, man könne die nächsten fünf Jahre nichts erreichen; es ist eben ein Fehler, sich auf fünf Jahre festbinden zu lassen; ebenso die Kündigungs Klausel. Diese Erbitterung über die Tarifgemeinschaft ist der Grund zur Opposition, was Sie auch daraus ersehen mögen, daß selbst die unanständige Kampfesweise Gashes dieser Opposition nicht schaden konnte. Es ist unmöglich, daß unsre Organisation sich noch einmal in ein solches Joch hineindeben kann. Lehnen Sie die Gemeinshaft ab

(Bei Vertagung der Beratungen stehen noch 43 Redner vorgemerkt.)

Wittwoch: Dritter Tag.

Die Mandats-Prüfungskommission beantragt, die vor handenen 87 Mandate anzuerkennen und über drei Pro zente zur Tagesordnung überzugehen.

Seit-München wünscht, daß eine Grundlage ge funden werden möge, auf der beide Teile seiner gemein-

schäftlich arbeiten können; denn wenn beschlossen, in Verhandlungen einzutreten, so müsse man darauf gefaßt sein, daß nicht alles erreicht wird. Die Vertreter seien aber zu weit gegangen und hätten Institutionen ihre Zustimmung gegeben, die den Verband schädigen könnten und die wieder beseitigt werden müßten. Die Unterschriften seien nicht so harmlos, denn sie würden auch von Kollegen gegeben werden, die den Tarif nicht bezahlt erhalten. Lehnen wir die Tarifgemeinschaft ab, so könnte es kommen wie 1892, daß die Prinzipale Wahlen ausschreiben und wir dann dazu gezwungen werden. Das Verhalten des Hauptvorstandes und der Gehilfenvertreter haben die Schreibweise Gajch's diktirt und ihm die Opposition in die Arme getrieben. Wie konnte man einem Wiener Dank wissen. Ein festes Auftreten wäre am Plage gewesen und der Hauptvorstand hätte nicht sich gerieren sollen als ein Vertreter der Allgemeinheit. Nehmen wir die Tariforganisation an, so haben wir den Streit im eignen Lager; lehnen wir dieselbe ab, so stehen wir vor Maßregelungen. Redner wünscht, daß die Unterschrift zurückgezogen und die uns schädlichen Institutionen beseitigt werden, damit wir eine Grundlage finden, auf der wir zusammen weiter arbeiten können.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der es nicht für angängig gehalten wird, daß Döblin in je ausgedehnter Weise von seinem Rechte Gebrauch macht, in die Debatte einzugreifen, während es Gajch gegenüber nicht erlaubt ist, erhält das Wort

Döblin: Er wolle nicht Verantwortung nehmen, die Gehilfenvertreter besonders zu rechtfertigen. Aber Seitz und Nibel sagten: Er habe den Verbandstandspunkt in den Tarifsetzungen nicht genügend vertreten. Wir hätten bisher stets den Mangel empfunden, daß der vereinbarte Tarif zur Einführung lebendig der Gehilfenschaft aufzuerlegt war; so mußten wir Mittel und Wege einschlagen, gemeinsam ein Ziel erreichen zu können. Die Tarifgemeinschaft sei nicht weiter als die Stettiner Resolution in neuer Auflage. Um diese Tarifgemeinschaft durchzuführen zu können, gehe es nicht, daß zwei Personen sich dazu entschließen, sondern es müsse logischerweise auch deren Anhang dafür gewonnen werden. Auch der gemeinsame Arbeitsnachweis sei unbedingt nötig. Die Prinzipale hätten ihre Arbeitsnachweise sowieso, diese würden frequentiert, unsere nur in der Not benutzt. Velpzig klage seit langem, daß in dem Prinzipalarbeitsnachweise zunächst Mitglieder der zweiten Klasse, Vereinsmitglieder zuletzt berücksichtigt würden. Und betreffs der Schiedsgerichte wäre es doch praktisch, lieber Fachleute über streitige Punkte entscheiden zu lassen — meinen Sie, daß Gewerbegerichte in der Lage sind, objektive Urteile zu fällen? Denken Sie doch an jene Entscheidung in Berlin, wo das Gewerbegericht erklärte, daß ein Maschinenmeister auch zum Einlegen an der Maschine verpflichtet sei. Bewirkt sich unser Vertrauen in jene Institutionen nicht, so sind wir doch selbstverständlich auch aller Verpflichtungen enthoben. Was haben wir bei unsrer freien Vereinbarung erreicht, sehen Sie sich doch die Zahl der gemäßregelten Kollegen Berlins an, entstanden durch Eintreten für den Tarif. Und wenn Sie über den Tarif die Abstimmung bemängeln, sehen Sie sich doch die zahlreichen Unterschriften in Velpzig an, warum hat die dortige Gehilfenschaft sich nicht allgemein dagegen aufgelegt? Beweisen Sie uns, wie ohne diese Institutionen die Tarifsetzung möglich ist, geben Sie uns die Wege an, gut, so sind wir bereit, unsere Fehler einzusehen. Aber Sie haben uns noch nicht bewiesen, daß Ihre Meinung richtiger ist als die unsere. Wir müssen eben erst versuchen, auf welchem Wege wir eine Verallgemeinerung des Tarifs herbeizuführen im Stande sind.

Wenzel-Ludwigshafen erklärt sich gegen die Tarifgemeinschaft, seine Wähler seien aber zum Teile für dieselbe, ohne Vorbehalten genommenen Personen sei er hergekommen. In der Provinz glaubte man, als von Velpzig und Berlin der Frühlingsschluß einer bessern Zeit ins Land zog, es sei die Zeit gekommen, wo wir herantreten könnten, um das zu verlangen, was wir 91 vergeblich gefordert hatten: den Neunstundentag. Die Vertreter haben es uns aber nicht gebracht, sie haben zu viel Vertrauen in die Prinzipale gesetzt; er könne dies nicht, am wenigsten, wenn dieselben uns etwas schenken. Wenn es ihnen nicht möglich gewesen mehr zu erzwingen, dann hätten sie sollen zurückkommen; war die Kollegenchaft nicht kampfbereit — und das mußten der Hauptvorstand und die Gehilfenvertreter wissen — dann darfte die Bewegung auch nicht inszeniert werden. Gajch habe er für einen befähigten Mann gehalten; das Material, das er, wie auch Döblin, vorgebracht, würde ihn nicht genügend bestimmen, aber der Brief Hoffmanns habe ihn belehrt, daß es Gajch aus Eigenliebe nicht darauf antomme, den Verband zu ruinieren und deshalb könne er ihn ferner nicht mehr auf einem Vertrauensposten in unrer Organisation sehen.

Gajch erklärte zur Geschäftsordnung, der Brief sei eine Wache und die Abschwächung der Tarifgegnere beruhe auf Nebenarten, wie sie am Wertliche fallen und auch von anderen Kollegen besprochen wurden.

Döblin: Da Gajch bestreitet, daß er gewonnen, eine Gegenorganisation zu gründen, so kann ich hier ein Plakular verlesen, welches alle Gegner der Tarifgemeinschaft auffordert, einen Agitationsfonds zu gründen. Es heißt darin: „In Aussicht genommen ist ein Zusammentritt der bei der Wahl für die General-Versammlung gegen die Tarifgemeinschaft aufgestellten Kollegen, welche wöchentliche Beiträge leisten oder durch zwanglose Sammlungen

die nötigen Mittel aufbringen; als Agitationsmaterial werden die Broschüren Gajch's empfohlen.“ Unterzeichnet von einem Komitee Leipziger Kollegen.

Gajch: Das ist kein Gegenverband, sondern sie fordern nur auf, gegen die Tarifgemeinschaft vorzugehen, wenn sie beschlossen werden sollte, und das ist ihr gutes Recht.

Schlag-Breslau. Man behauptet, die Tarifgemeinschaft sei eine Knebelung der Gehilfen, aber man habe 1892 eine solche wieder beantragt, nur um ein Blindgled wiederzufinden. Wenn der Vorstand Führung in den Prinzipalen nehmen sollte, wie konnte er anders handeln als sich nach ihrem Worte zu richten. Gäte sich die Gehilfenschaft kampfbereit gefunden, so brauchte sie nicht erst die Leipziger Resolution zu der ihren zu machen, sondern einfach auf einem eigens festgesetzten Tarif bestehen. Man betont, daß durch Einführung der Tarifgemeinschaft ein Zukunftsstaat für die Prinzipale geschaffen würde; ich bezweifle nicht, daß man im gegebenen Zeitpunkte bei Nichterfüllung eingegangener Bedingungen in der Lage sein werde, sich von eingegangenen Verbindlichkeiten zu befreien. Wären wir in der Lage, in fünf Jahren unsern Tarif einzuführen, wären wir glücklich. Der größte Teil der Gehilfenschaft will im Frieden sein Ziel erreichen, eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung sei jedenfalls wenig, aber in arbeitsreicher Zeit werde sich dieselbe zu unserm Nutzen bemerkbar machen. Auch bezweifle ich, in der Tarifgemeinschaft einen Schutz unsern Koalitionsrechtes, eine Befreiung von den Prinzipalstrafen und den Arbeitsnachweisen. Die eingelaufenen Proteste gegen die Tarifgemeinschaft sind meistens aus Orden hergekommen, wo gar kein Tarif vorhanden. Gajch's Kampfesweise bezeichne er mit kurzen Worten unter aller Kritik. Nibels Haltung ist derart unklar, daß er wiederholt sich für und gegen Tarifgemeinschaft ausspricht. Empfiehlt Tarifgemeinschaft.

Giesecke-Berlin: Mein Standpunkt, daß ich für Tarifgemeinschaft bin, ist meinen Wählern hinreichend bekannt und ich werde meine Ansicht hierüber auch an dieser Stelle kurz präzisieren. Ich habe nicht die Meinung, daß die Prinzipale uns das Vereinbarte auf dem Präzidententeller entgegenbringen, sondern betrachte die Vereinbarung nur als einen legalen Boden, auf dem wir den widerstrebenden Teil der Prinzipale zwingen können, unsere Forderungen zu bewilligen. Ich habe stets dazu beigetragen die Interessen meiner Kollegen zu wahren. Infolge meiner langjährigen Thätigkeit in der Organisation habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß es unbedingt notwendig war, den zerfahrenen Verhältnissen, welche seit unsrer letzten großen Bewegung von 91/92 eingerissen sind, entgegenzutreten. Redner ging nunmehr auf die in Berlin herrschenden Verhältnisse und auf das Zustandekommen der diesjährigen Bewegung näher ein. Er führte dann weiter aus, daß der materielle Teil des Tarifs auch hier noch von keiner Seite bekämpft wurde. Wenn Wenzel-Ludwigshafen behauptet, daß das Bewilligte als Geschenk der Prinzipale betrachtet werden kann, so ist dieses nicht der Fall, denn es müßte Position für Position denselben abgerungen werden. Das Schwerkriegel bei Schaffung dieses Tarifs wird auf das Tarifamt gelegt. Dasselbe soll jedoch nicht, wie so oft ausgeführt, die Kollegen knebeln, sondern es soll nur dazu dienen, um bei Tarifvertritten vermittelnd einzuwirken, dieses ist bei uns statutarisch so wie so der Fall. Und ich setze darin keine Fehler, daß wenn wir von den Kollegen verlangen, bevor sie vorgehen, Einigungsversuche zu machen, auch von Prinzipalseite dem betreffenden Prinzipal gesagt wird, du hast den Tarif zu bezahlen. Schiedsgerichte haben unseren Interessen bisher noch nicht entgegen gearbeitet und zum großen Teil Urteile gefällt, wie sie bei der oft eigenartigen Zusammenfassung der Gewerbegerichte nicht zu Stande gekommen wären. Der gemeinschaftliche Arbeitsnachweis sei insofern von Wert, als durch denselben nur tarifstrenge Prinzipale Kräfte nachgewiesen erhalten sollen. Aus all diesem halte er eine Tariforganisation von Wert. Wir können keine bessere Ueberwachung über Einhaltung des Tarifs haben, als durch die Tariforganisation, und sollten es die Prinzipale nicht ehrlich meinen, dann pfeifen wir ebenfalls darauf. Wichtig ist, daß Stamm bei den ersten Verhandlungen erklärte, daß der materielle Teil des Tarifs nicht vom Tarifamt ufw. abhängig gemacht werden soll. Jedoch durch das Auftreten der Opposition und durch die Erklärung des Kollegen Nibel in der öffentlichen Versammlung in Velpzig, „er mache nur mit, um im nächsten Frühjahr alles wieder zu verwerfen“, habe die Prinzipalität sich veranlaßt gesehen, die Einführung des Tarifs von Schaffung der Tariforganisation abhängig zu machen. — Was schließlich die Rettifizierung Gajch's in Berlin betrifft, nachdem erwiesen, daß die Korrespondenzredaktion entgegen der Verbandsleitung und der Gehilfenvertreter gehandelt habe, wurde prinzipalsseitig angefragt, ob dies unriegerseits sanktioniert werde. Darauf habe ich erklärt, die Gehilfenvertreter seien dafür, daß das Verbandsorgan uns nicht entgegenarbeiten dürfe. Die Haltung Gajch's ist eine so unqualifizierbare, daß ich Abstand nehme, mich länger mit derselben zu befassen. Da aber Gajch verberbildlicher als der schlimmste Renegat sich an der Organisation vergangen, noch niemand eine solche schwere Schädigung an unserm Verbandsvollzogen, so kann ich nur seinen Ausschluß beantragen. Damit schloste ich mein Urteil über Gajch.

Sauke-Münden meint, man solle sich die Frage vorlegen, ob es praktisch sei, den Tarif abzulehnen und

dieses müsse er bestreiten. Er wäre nicht in allen Punkten mit dem Tarif einverstanden, aber die Ablehnung desselben könne er nicht gutheißen. Die Anhängel des Tarifes möge man nicht in dem Sinn auffassen, wie dies von einzelnen und besonders von Gajch gesehen. Betreffs des Tarifamtes sei doch festzustellen, daß seit Jahren schon oft darauf hingewiesen wurde, die Prinzipale möchten auch zu den Kosten der Einführung des Tarifes beitragen. Die Aufnahme der Stettiner Resolution habe man mit dem beliebtesten Schlagworte „Arbeitsnachweise“ belegt. Er wisse, daß als die Aufnahme dieser Resolution in den Tarif von einer Nürnberger Versammlung verlangt wurde, Gajch dem zugestimmt habe, später sei er dagegen gewesen. Er habe ebenso wie Kollege Wenzel seinen Stimmzettel für den Neunstundentag abgegeben, habe sich aber doch gesagt, daß auf friedlichem Wege kaum eine Stunde zu erwarten sei. Er kenne auch die Prinzipale und wisse, daß diese es dann lieber auf einen Kampf ankommen ließen. Redner erucht die Opposition, ihren Standpunkt gegen den Tarif aufzugeben und wendet sich dann zu deren Stellungnahme gegen den Vorstand, welche er als unqualifizierbar bezeichne. Wenn Gajch wirklich seit Jahren im Besitze genügenden Materials sei, das den Vorstand als im Dienste der Prinzipale und Polizei stehend festnageln könne, dann müßte er schon längst diese Enthüllungen machen. Den angekündigten Nachweis zu erbringen, sei Gajch aber nicht gelungen.

Stengeler-Hamburg verwarft sich zunächst dagegen, daß die Opposition erst entsprungen sei mit der Kampfesweise Gajch's; ferner dagegen, daß er in Hamburg die Ueberzeugung gethan habe, Vertreter wählen zu müssen, welche mit der Opposition durch Did und Dünn gingen. (Döblin beruft sich auf eine Hamburger Korrespondenz.) Stengeler will ferner erklären, daß auch die Opposition mit Gajch's Flugblättern nichts zu thun haben wolle; die Hamburger Gehilfenschaft verwarft sich hiergegen. Schon vor Gajch's Opposition habe Hamburg sich gegen eine neue Tarifgemeinschaft ausgesprochen. Im übrigen sei er von der Ehrlichkeit der Bestrebungen der Vertreter überzeugt. Aber ebenso bestimmt behaupte er, daß ein falscher Weg eingeschlagen wurde, der uns nicht zum Ziele führen würde. Man sage, die einzelnen Kreise seien nicht zum Kampfe bereit; das ginge allerdings aus den Berichten der Gauvorsitzer hervor. Ich aber richte mich nach der Stimmung in den einzelnen Versammlungen, weil ich überzeugt bin, daß hier sich die Elite der Gehilfenschaft zusammensindet. Ich möchte fragen, ob vom Hamburger Gauvorsitz auch ein solch ungünstiger Bericht eingetroffen ist. Die Versammlungen zeigten ein begeistertes Bild. Es ist aber immer nur von solchen Sonderisierungen, Konferenzen ufw. die Rede; dies dünkt mir, als sollten bei so wichtigen Fragen unsere Mitglieder wie Marionetten gehoben werden. Auch kommt mir die Praxis als eine verkehrte vor, daß man den Mitgliedern gegenüber durchsucht lasse, daß mit den Tarifverhandlungen nur die Absicht vorlag, die Bewegung bloß zu einer Preshion auf die Prinzipale ausüben zu wollen. Döblin hat sich verwarft, daß er hirsch-dunderisch sei; aber das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Prinzipale klingt wie Duselei. Eine erstliche allgemeine, gemeinsame Durchführung ist nicht glaubhaft, denn es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen Prinzipalen und Gehilfen. Es handelt sich nur darum, wie erreichen wir das Beste für uns. Er ist der bestimmten Meinung, daß eine Tarifgemeinschaft uns Nachteile bringt. Nibels Versuch, eine Gemeinschaft schaffen zu helfen, um nachher wieder zu brechen, ist falsch, und warum? Erst beschließt man Tarifgemeinschaft auf fünf Jahre; aber wir haben doch einen Stamm von Leuten, die mit manchem zufrieden sind, wenn sie nur ihre Klassen haben. Diese Leute geben ihre Mitgliedschaft nicht so ohne weiteres auf; sie müssen durch gewissen Zwang in Bewegung gesetzt werden. Jene Ausführungen, daß Politik nicht in den Verein gehöre, unterschreibe er, auch jenen die Politiker froh, wenn man sie nicht erst in die gewerkschaftliche Bewegung hineinziehe; ihm erscheint eine strikte Trennung beider Faktoren unbedingt geboten. Vorstand und Gehilfenvertreter hätten kein Vertrauen gehabt in die Gehilfenschaft. Aussprechen wollen diejenigen, welche in der Opposition sich befinden, aber auch das eine, daß wir so gute Mitglieder sind, daß wir uns der Majorität fügen werden, obwohl ich nicht unterlassen werde, mich nach Kräften gegen die Tarifgemeinschaft zu wehren. Kerkhauer habe den Anspruch gethan: Große Streiks seien für die Zukunft unmöglich; ich habe stets mit offenem Auge die hierfür in Betracht kommenden wirtschaftlichen Verhältnisse beobachtet, habe aber eine solche Einbedingung nicht machen können. Döblin hat betreffs der Opposition den Ausdruck gebraucht, daß die Vertreter derselben nicht mehr auf der moralischen Höhe ständen; er verwarfe sich dagegen namens der Opposition. Kämpfe unmoralisch, so haben wir nichts damit zu thun. Auch habe Döblin der sozialistischen Presse Vorwürfe auf Grund deren verschiedene Auslassungen gemacht; ich will davon auch jetzt weiter nichts mehr berühren, da uns deren Haltung heute eigentlich nichts angeht. Darüber, ob wir in Sachen der Tarifabmachungen uns auf praktischem Boden befinden, wird die Generalversammlung freilich zu entscheiden haben; aber mit dem Systeme des Handelns und Vertrauens zu brechen, das können wir nur mit Aufheben der Tarifgemeinschaft. Bei allen gewerkschaftlichen Verhandlungen hat sich bewiesen, daß die Gehilfenvertreter den Prinzipalen an Raffinertheit nachstehen.

Maffini meint, betr. der fiesmütterlichen Behandlung der Maschinenmeister im Tarife, daß die Maschine für den Prinzipal ein Kapital präsentiere, deswegen auch längere Arbeitszeit an dieser verständlich sei. Es wundert mich, daß Maffini als Freund der Hilfsarbeiter dann aber auch nicht berücksichtigt habe, daß damit auch diesen der berechnete Vorteil einer Arbeitszeitverkürzung entzogen werde. Was des Ferneren unsere Tariforganisation betreffe, so will er auch gleich auf einen Hamburger Fall hinweisen, der sich bei Verweigerung des Tarifvertrages zugezogen habe. D. r. hier in Betracht kommende Kollege, eines unserer besten Mitglieder, kein Schreiber, wohl aber einer, dem unsere Organisation aufrichtig am Herzen liegt, habe sich dieserhalb an Giesecke gewandt; die von demselben hierauf gegebene Antwort habe weder den Fragesteller noch ihn befriedigen können; bemerken wolle er noch, daß die Kündigung des Kollegen wieder zurückgenommen wurde. Was ihn aber an der die Antwort enthaltenden Postkarte noch weit weniger gefallen habe, und was leicht geeignet ist, eine gewisse Voreingenommenheit zu erwecken, war, daß diese Karte den Adressenvermerk der Firma Bürenstein trug; das läßt vielleicht in manchen den Gedanken an eine Prinzipalsekretärstelle entstehen. Auf die Tarifgemeinschaft zurückkommend, erklärt er, daß gleich nach dem erlangten Ergebnis der Verhandlungen eine gut besuchte Hamburger Versammlung sich dahin aussprach, daß man nun einen Abbruch der Verhandlungen erwarte. Statt dessen blieben die Gehilfenvertreter auf ihrem Standpunkte weiterer Verhandlungen. Noch wolle er auf eine Erklärung Gieseckes zurückkommen, der da wünscht, daß man jede Zwietracht zwischen Prinzipalen und Gehilfen aus dem Corr. ausschleide; das ist ihm unverständlich. Der Corr. soll doch nicht etwa eine Haltung einnehmen, um sich mehr als Prinzipals- wie Gehilfenorgan zu präsentieren. Im übrigen bitte er die Tarifgemeinschaft abzulehnen.

Döblin erwidert fasslich: Er habe nicht gesagt, daß die Gegner der Tarifgemeinschaft auf unmoralischer Höhe sich befänden, sondern er habe dies nur in Bezug auf einen Versammlungsbeschuß erklärt, welcher beschloss habe, dem Corr. müsse in dieser Angelegenheit die weiteste Freiheit gelassen werden.

Vetthe-Wagdeburg protestierte gegen einen Artikel im Correspondent, in welchem die in sozialdemokratischen Druckerien stehenden Kollegen einer unlauteren Handlungsweise beschuldigt werden. An der jetzigen Situation ist viel die Geheimnisthueret schuld; er habe als Bezirksvorsitzer in vielen Fragen die Antwort den Kollegen nicht geben können, da er zu wenig unterrichtet. Gieseckes Ausführungen haben nicht den Beweis erbracht, daß der Hauptvorstand oder die Gehilfenvertreter sich eines Betrugs schuldig gemacht; so wie er die Männer behandelt, welche durch das Vertrauen der Kollegen an ihrer Stelle stehen, sind unsere schlimmsten Renegaten nicht behandelt worden; er hält Gieseck nicht mehr für fähig, an der Stelle zu bleiben. — Wären die Anträge zum Tarife vorher zur Diskussion gestellt worden, so wäre manches vermieden worden und das Mißtrauen hätte nicht aufkommen können, durch das Gieseck Anhänger erhalten. Dem ersten Teile wolle er gern seine Zustimmung geben trotz der vielen Mängel. Im übrigen ist er für Urabstimmung.

Steindrücke-Dresden leitete seine einflüßige Rede mit dem Hinweis darauf ein, daß er nichts Persönliches in dem Kampfe gegen den Mißbrauch erblicke, den der Redakteur mit der gewaltigsten Waffe der Organisation, der Presse, getrieben habe. Die Situation werde seiner Meinung nach nicht richtig aufgefaßt; wie man die Opposition nicht für so stark zu halten habe, so solle man sie aber auch nicht unterschätzen. Es handele sich eben darum, den Blick offen zu halten und fest zu stehen, damit auch die Kollegen bei ruhiger Ueberlegung zur richtigen Erkenntnis kommen. Vorwürfe der Harmoniebuschlei oder der Tisch-Dundererei müsse er als wider besseres Wissen hingeschleuderte Beschimpfung zurückweisen, niemals hat unsere Organisation den Standpunkt einer wirklich zielbewußten Gewerkschaftsbewegung verlassen, selbst da nicht, wo wir uns unter den kritischsten Verhältnissen dem geschicklichen Zwang anpassen mußten, denn wir fügten uns doch nur, um unseren wirtschaftlichen Gegnern gegenüber nicht wehrlos dazustehen. Wenn man ihm den Ausdruck vorwerfe, daß man von den Verhandlungen nicht mehr mitbringen könne, als die Prinzipale bewilligt hätten, so verweise er nur auf die sozialdemokratische Partei, welche im Reichstage doch auch nur das durchsetze, was da angenommen würde. Und ist der Neunfundneunzig, für den wir 1891 umsonst gekämpft, jetzt auch nicht wohl errungen, so werden wir ihn doch gerade mittels der Tarifgemeinschaft erreichen. Mit dem System Döblin erkläre er sich vollständig einverstanden, habe dieses doch dahin geführt, den Leipziger Prinzipalen das Best, welches dieselben solange zum Schaden des Gesamtgewerbes geführt, aus der Hand zu winden und den Schwerpunkt nach Berlin zu verlegen. Darum solle man den Versuch, wenn auch als allerletzten, mit der Tarifgemeinschaft wagen. Die Bewegung, die wir eingeleitet, habe doch nicht den Kampf um jeden Preis zum Zwecke gehabt, sondern sollte durch Ausrüttelung der Massen die Prinzipale zum Entgegenkommen veranlassen. Die Konjunktur sei damals übrigens nicht so rosig gewesen, wie Hedner dies an der Hand des Konditionslohnaußweises Dresdens zu beweisen sucht. Die verwerfliche Agitation Gieseck habe uns in bedeutendem Maße geschädigt und sei es Pflicht der Generalversammlung Vorkehrungen zu treffen, welche eine Wieder-

kehr derartiger Zustände ausschließen und halte er die Verlegung des Corr. an den Sitz des Zentralvorstandes für eine solche Maßnahme. Gieseck, der jetzt die Pressefreiheit so mißbraucht habe und den Vorstand unter Zensur stelle, habe diesen selben Vorstand stets angerufen, um ihn gegen Härtel zu schützen. Gieseck habe übrigens das Komplott gegen die Organisation schon lange geschmiedet, wie nicht nur die sorgfältige Aufhebung aller Briefe beweise, sondern auch seine jahrelangen Bestrebungen, sich geeignete Vertrauenspersonen zu verschaffen. Als ihm letzteres bei Hedner nicht gelungen, habe Gieseck eine andere willfährige Person gefunden und verfolge ihn dieselbe auf Schritt und Tritt. Als Beweis, wie ernst es diesen von Gieseck inspirierten Leuten mit der Abspaltung vom Verbands sei, verlese Hedner aus der Schäch. Arbeiterzeitung eine Stelle aus einem mit Namensunterschrift versehenen Eingangs eines Kollegen. Es heißt hier unter anderem: Und was hat die klassenbewußte Gehilfenschaft dann zu thun, wenn man trotzdem auf der Generalversammlung die Harmonieduffer an der Spitze der Organisation marschieren läßt und den Kollegen Gieseck seiner Stellung entsetzt? Sie darf nie und nimmermehr dies geschehen lassen, sondern sie hat sich abermals emporzuraffen und zu sagen: Gut, ihr habt entschieden, ihr habt das Allgemeinwohl der gesamten Arbeiterchaft nicht zu wahren gewußt, nun nehmt auch die Verantwortung dafür auf euer edles Haupt. Wir sind gezwungen, selbständig zu marschieren und allen Stürmen Trotz zu bieten. Wir wollen nun mit Kollegen Gieseck fallen, damit die reinliche Scheidung vollzogen wird: Dort Tisch-Dundererei Harmoniefreunde — hier eine sich selbst befreiende klassenbewußte Arbeiterchaft auf dem Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung. Sie sehen, welche Gefahren die Opposition in sich birgt, bleiben Sie demgegenüber einig und erklären Sie sich mit großer Majorität für den Tarif und die Tarifgemeinschaft.

Domine: Zweimal sei er bereits vom Corr. bezichtigt worden, eine Schandthat begangen zu haben und heute schäme er sich nicht, dies zum drittenmale zu thun: nämlich für die Tarifgemeinschaft einzutreten. Die Versammlungen, die seiner Zeit stattgefunden, waren nicht von der Begeisterung getragen, wie erwartet. Die Vorstände hätten gesprochen, aber von den Mitgliedern war nichts zu hören. In richtiger Erkenntnis der Sachlage konnten die Gauvorsitzer und Gehilfenvertreter nicht anders handeln, als wie geschehen. Leichtsinnig die Kollegenchaft in den Kampf zu treiben, dafür seien sie nicht zu haben. In allen größeren Geschäften seien die Kollegen zerstreut: halb Verbandsmitglied, halb N.-B. und hiervon ließen sich keine Erfolge erwarten. Auch unter den Prinzipalen gäbe es viele, die den Tarif nicht wollten und wenn da die Prinzipalenschaft diesen Mitgliedern den Tarif in den vorteilhaftesten Farben schilderte, so thue sie dies eben auch nur, um den Tarif zu verallgemeinern. Führen die Prinzipale den Tarif schnell ein, so ist dies Gieseck ein Beweis, daß der Tarif für die Gehilfen schädlich sei, führen sie ihn nicht ein, so wird dies in anderer Weise ausgebeutet. Für uns sagt doch der Tarif, daß das Minimum eben nur das Minimum sei. In flotteren Geschäftsetzungen müßten die Kollegen an die Prinzipalität um Aufbesserung treten; meistens würde dem Folge gegeben, wenn auch in geringem Maße. Dies hänge doch alles nicht von einer Tarifbewegung ab. In Frankfurt wäre dies wenigstens seiner Zeit verschiedentlich mit Erfolg geschehen. Wenn die Einigkeit in den Druckerien jetzt gestört, so könne sich dies Verdienst Gieseck zuschreiben. Hedner kritisierte dann noch die Wochsüre und hätte nur gewünscht, daß Gieseck ebenso, wie er das Emporkommen des Zentralvorstandes schildert, auch geschildert hätte, wie er aus dem Berliner Gauvorstande gegangen worden sei. Von allen Anschuldigungen, die er machte, sei gar nichts zu wissen. Er (Hedner) bleibe sich konsequent und werde demgemäß auch zu handeln wissen. Wollen Sie für die Allgemeinheit, für den Verband was Gutes schaffen, so nehmen Sie die Tarifgemeinschaft an.

Höger, der Vorsitzende des österreichischen Verbandes, ergriff hierauf das Wort: Kollegen! die österreichischen Kollegen haben Ihr Vorgehen von Anbeginn der Bewegung aufs eifrigste verfolgt und mit Freuden begrüßt. In allen Orten haben wir unsere Kollegen aufgefordert, unverzüglich schon jetzt alles in Angriff zu nehmen, um unsere deutschen Brüder im Falle der Gefahr kräftigst zu unterstützen. Um auf Ihre Sie augenblicklich in Ihren Beratungen so lebhaft beschäftigende Frage der Tarifgemeinschaft einzugehen, so müßte er erklären, daß auch in Oesterreich eine sogenannte Tarifgemeinschaft besteht, diese ist freilich wenig für diese von Vorteil, welche sich in bezorgteren, besser bezahlten Stellungen befinden, als vielmehr für all diese, welche sich in kleinen Städten und somit an Plätzen und Stellungen befinden, an denen es am Druck der Organisation zur Erzielung stabiler Verhältnisse mangelt. Tarifgemeinschaft und gemeinschaftlich vereinbarter Tarif sind für ihn zwar gewissermaßen auseinander zu haltende Dinge, trotzdem sie zusammengehören. Der Tarif hat die Aufgabe, bessere Zustände zu verschaffen, das Bestehende zu erhalten, jede Willkür auszuschließen. In den Provinzen Oesterreichs aber war das Schaffen einer Basis nötig ähnlich dem Ihrer Tarifgemeinschaft; durch den gemeinschaftlich vereinbarten Tarif haben wir Erfolg erreicht und damit nicht nur im Interesse unserer Kollegen, sondern auch in dem der sozialistischen Partei

gewirkt. Ein solcher Tarif ist nötig, nicht nur den Prinzipalen gegenüber, um sie anzuhalten, dem Arbeiter seinen verdienten Lohn in unbeschränkter Weise zukommen zu lassen, sondern auch den Gehilfen gegenüber, um jenen einen Kiegel vorzujuden, die in puncto des Tarifs auf Abwegen schleichen wollten und ihre Arbeitskraft unter ihrem Werte hoch genug bezahlt erachten sollten. Aus ihren heutigen Debatten will es scheinen, daß Sie in Deutschland in den 30 Jahren ihres Bestehens eigentlich überhaupt noch keine Tarifgemeinschaft gehabt haben, oder ich verstehe nicht, wie es möglich, daß die Lehrlingskassa um 5000 überschritten, in einzelnen Gauen bis 50 Proz. der Gehilfen zu unantwärtigen Bedingungen, manche noch 10 1/2 bis 12 Stunden arbeiten, oder in der bedeutendsten Druckstadt wie Leipzig solche Zustände herrschen können? Wir haben bei den Verhandlungen mit unseren Prinzipalen stets auf ihre besseren Verhältnisse hingewiesen, was uns manchen Vorwurf eingebracht. Und was hören wir jetzt? — Auch bei uns wurden damals Stimmen laut, welche gegen die Tarifgemeinschaft, und besonders gegen Schiedsgerichte und Einigungsämter waren, wir haben uns aber ausgesprochen und in kurzer Zeit war die Sache erledigt. Hier halten wir die Opposition bis zu einem gewissen Grade begreiflich, was durch die Maschinenmeisterkasseler und die Ausnahmebestimmungen für die Städte unter 20000 Einwohnern hervorgerufen; was wir aber nicht begreifen, das ist, daß bis zum Mai d. J. Verbands-Vorstand und Redakteur in bestem Einvernehmen sind, bis dann unter Beiseitejagung jeder Diskretion die schlimmsten Beschuldigungen gegen den Vorsitzenden und die Vertreter zum Ausdruck gebracht und die internen Verhältnisse preisgegeben werden. Er glaubt, daß das Verdictstehen von großem Nachteil und schuld an der jetzigen Lage sei, auch bei ihm wollten die Prinzipale von den organisierten Kollegen nichts wissen, aber wir haben durch die Erziehung der Mitglieder dies befeitigt. Die Lohnaufbesserung in den großen Städten allein bringt keinen Vorteil und verursacht nur einen verstärkten Bezug nach denselben; um diese Ueberlastung einigermaßen paralisieren zu können, ist es auch von Wichtigkeit, daß die Kollegen einen Einfluß auf den Arbeitsnachweis sich verschaffen. Die Umwälzungen durch die fortschreitende Technik der Maschinen sowie auch die nicht in so ferner Zeit liegende Umgestaltung der ganzen Herstellungsweise des Buchdruckes veranlassen uns, derselben gewappnet gegenüber zu stehen. Heute schon beschäftigen sich Staat und Kommunen mit Gründung von kommunalen Arbeitsnachweisen, die aber meistens nur der Landwirtschaft billige Arbeitskräfte zuzuführen bestimmt sind, kommen wir denselben zuvor. Machen wir nicht Frieden mit unseren Gegnern, sondern treiben wir vernünftige sozialwirtschaftliche Politik und gehen wir Hand in Hand mit allen Arbeitern. Die Waffe einer festen Organisation müssen wir in der Hand behalten, um die Prinzipale stets in Schach halten zu können und selbst in fortwährender Bewegung zu bleiben. Wir wissen, daß das Unternehmertum nicht mehr gibt, als es muß, als wir ihm abtrogen können nach dem Motto: Wie die Arbeit, so der Lohn. Wir stellen dem entgegen: Wie der Lohn, so die Arbeit. Die Zeit der großen Streiks ist vorbei; denn ein Streik der nicht in 14 Tagen zu Ende geführt, ist ins Wasser gefallen. Ein großer Streik wird noch kein aus dem wirtschaftlichen Chaos zu gelangen, der Generalstreik; das ist aber die Revolution. Stärken wir das Selbstbewußtsein jedes Einzelnen, so werden wir ohne große Opfer durch einen passiven Widerstand mehr erreichen, als durch Streik. Den Wiener Kollegen wurde die Feier des 1. Mai verweigert, was thaten sie, sie zogen den Sonntagsstrock an, kamen nach den Druckerien, aber arbeiteten nicht, kamen nachmittags wieder pünktlich und thaten daselbe; im nächsten Jahre gaben die Prinzipale freiwillig den 1. Mai frei und ähnliche Fälle sind vielfach zu verzeichnen. Die Redaktion des Wiener Vorwärts glaubte berechtigt zu sein, in dem Streite Gieseck-Döblin ihre Meinung sagen zu dürfen, was ihm zwar verübelt worden; er schlehe mit dem Wunsche, daß diese Verhandlungen mögen friedlich ausfließen zum Wohle der beiden Brudervereine. Sein Wunsch ist der, daß die Klage Döblins zurückgenommen werde und Döblin mit dem Spruche der Generalversammlung sich zufrieden geben möge, auch daß der Ausschluß Gieseck aus der Organisation nicht zur Annahme gelange.

Schiegl, Sekretär des österreichischen Verbandes, erhält als Schlusspredner des dritten Verhandlungstages das Wort. Für ihn gälte es in der im deutschen Brudervereine herrschenden Frage zu erwägen, aus welchen Gründen man hier sich gegen Schiedsgerichte, Arbeitsnachweise usw. wende. Er sei nun der Meinung, es sei zunächst richtig, Vereinbarungen zu treffen, um eine gewisse Nichtschär für beide in Betracht kommenden Teile zu schaffen. Wie stehen die Gegner derselben hierzu; sie nehmen Geschaffenes an, was ihnen pekuniäre Vorteile bringt, alles übrige aber nicht. Freilich könnten wir bei günstiger Konjunktur mehr erreichen, dies könnte aber auch bei einer fünfjährigen Gültigkeitsdauer des Tarifs erstrebt werden, man arbeitet dann eben einfach nicht zum minimalisten Lohnsage. Vereinbarte, für die Allgemeinheit geschaffene Tarife sind von Vorteil, während Lokaltarife und Sonderabmachungen, die den einzelnen großen Druckstädten momentane Vorteile bringen mögen, nur dazu führen, ein Herbeiströmen nach den großen Städten zu erwecken, was naturgemäß infolge der sich dann hier ansammelnden Arbeitslosenmasse zu einem

Seit dem 4. Juli hat der Zuschlag ganz aufgehört, da nach dem neuen Tarif (34 Pf. das Tausend) berechnet wird und diese Berechnung bringt gegen früher einen kleinen Vorteil. Daß die Berechner (darunter auch W.) den Tarifrevers in der Erwartung unterschrieben haben sollen, die 5 Proz. würden weiter gezahlt, ist eine Verlegenheitsausrücke des Kollegen W., der wiederholt mit großem Pathos erklärte, den Tarif nicht anzugreifen. Und was er gesagt und getan hat, thaten auch verächtliche andere, die sich durch W. „belehren“ ließen. Franz Klauß.

K. Norderny. Herr N. in Emden auf seinen Artikel in Nr. 77 zur Nachricht, daß er sich im Zertume befindet, wenn er meint, daß sämtliche Kollegen Ostfrieslands mit ihm für die Steintiner Resolution stimmen würden, so können sich z. B. die vier hier stehenden Verbandsmitglieder durchaus nicht einverstanden erklären. Aber darin werden jedenfalls die ostfriesischen Kollegen übereinstimmen, daß ein Mann, welcher als Reklamationswandler fast täglich die Opfer der jetzigen Arbeitsverhältnisse zu sehen bekommt und dennoch die Arbeiterbewegung so beurteilt wie es in dem betreffenden Artikel der Fall ist, sich durchaus am verkehrten Plage befindet. Da dürfen sich die reisenden Kollegen nicht wundern, wenn sie nicht so behandelt werden als es sich eigentlich gehört.

Wotdam, 14. Juli. In unserer letzten Monatsversammlung wurde u. a. das Verhalten des Bauvorstandes bei der Stichwahl einer scharfen Kritik unterzogen. Man war allgemein der Ansicht, daß der Bauvorstand nicht richtig gehandelt habe, indem er mit den Stimmzetteln ein Flugblatt versandte, in welchem er für den Tarifgemeinschaftsverband Stimmung machte, auch wurde die laue Geschäftsführung des Bauvorstandes tabelnd erwähnt. Schließlich nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die Ortsvereinsversammlung spricht dem Bauvorstand ihr Mißfallen darüber aus, daß die Vereinsgeschäfte im Gau so langsam und einselig erledigt werden. Beispielsweise wurde weder das vollständige Resultat der ersten Wahl veröffentlicht, noch haben die hiesigen Kollegen heute am 11. Juli Nachricht über das Resultat der Stichwahl.“

Rudschau.

Baustruktur und Verbands.

Aus England. Mit 3246 Stimmen Mehrheit ist unserer Vertreter Vollmacht erteilt worden, auf „friedlichem Wege“ eine Einigung betr. des Gewerkschaftstaxtarifs abzuschließen, somit ist Hoffnung auf gütliche Beilegung des Streites vorhanden. — Der Morning Post, letzten Nachrichten zufolge, im Todesjahren liegen und nur noch durch große Geldhilfe konservativer Parlamentsmitglieder über Wasser gehalten werden; dazu dürfte die neue Zeitung Daily Mail, welche mit der ersten Nummer in 397215 Exemplaren erschien, viel beitragen haben. — Bekanntlich das letzte Parlament eine Resolution, nach welcher alle Arbeiten der Regierung nur in Häusern hergestellt werden sollen, welche das allgemein anerkannte Salair (refair woges) an ihre Arbeiter bezahlen und kein Schwitzsystem betreiben. Gegen die Stationery Office erhob nun die Londoner Sepergesellschaft den Vorwurf, daß dieselbe einen Teil ihrer Druckarbeiten in Nichtverbandsdruckerien (unfair houses) herstellen lasse und der Sekretär der Sepergesellschaft begründete dieses vor einigen Wochen vor einem Selektionskomitee des Parlaments; natürlich wurde alles von anderer Seite aufgeboten, um die Nichtigkeit der Beschuldigungen zu beweisen, wobei der bekannte Mr. W. Tarver von der Linotype Company und Mr. Chre (Firma Chre & Spottiswoode), welche Firma eine ganze Menge Regierungsdruckarbeiten herstellt, eine große Rolle spielten. Die interessante Thatsache kam hierbei ans Tageslicht, daß 1000 Tonnen Schriftmaterial notwendig sind, um diese Arbeiten herzustellen. Ob die beiden letzteren Herren das Komitee von der Nichtigkeit unserer Beschuldigungen überzeugt haben, ist sehr fraglich. Der in Wälde erscheinende Bericht desselben wird darüber Auskunft geben. — In London sind jetzt im Ganzen 200 Linotype-Gewerkschaften in Thätigkeit, während Newyork mit 350 Stück beglückt ist. — Seit letztem Monat besitzen wir in London auch eine 1/4 Penny (2 Pfennig) Wochenzeitung. Es ist dieses die erste Zeitung, welche um diesen Preis in Großbritannien herausgegeben wird. — In wider Weise auch in Alton Schundromanz getrieben wird, geht aus der Karte eines Buchdruckereibesitzers in Manchester hervor: Der gute Mann erbietet sich, 1000 Quart-Pundbills (Flugblätter) für 1 Schilling herzustellen; Rechnungen, Memoranden, Briefköpfe uvm., liniert und auf gutem Papier gedruckt, zu 8 Pence (64 Pfennigen) pro Hundert. Kommentar überflüssig. — Die Provinzkollegen beschäftigen, ihr Organ The Typographical Circular, welches jetzt seit 40 Jahren erscheint, in Wälde in größtem Umfange und besserer Ausstattung erscheinen zu lassen. — Unter dem Titel The Indian Printer and Lithographer erscheint seit kurzem in Kalkatta ein Fachorgan, dessen erste Nummer neben interessantem Lesestoff vier Seiten Nebenarbeiten enthält, welche davon zeugen, daß unsere Kollegen in diesem Weltteil auch leistungsfähig sind. Das Journal erscheint monatlich.

Die Entscheidung eines Verdragers von der Strafe nennt das Strafgesetzbuch Begünstigung. Die Staatsanwaltschaft in Erfurt war nun der Meinung, daß der

Geschäftsführer der Thür. Tribüne, als er 100 Mk. zu welcher Geldstrafe der Redakteur verurteilt war, eingezahlt diesen Paragrafen des Strafgesetzbuchs verletzt habe. Dieser neueste „Fortschritt“ aus dem Gebiete der Freigelegung wurde jedoch vom Gerichtshof nicht als rechtsbeständig befunden, allerdings nur weil der Nachweis fehle, daß die Absicht vorlag, den Redakteur überhaupt der Strafe zu entziehen. Wir sollten meinen, daß es der Staatskasse vollständig gleichgültig sein kann, aus welchen Mitteln ein Verurteilter die ihm zuerkannte Geldstrafe deckt, wenn sie nur überhaupt bezahlt wird.

Im Alter von 84 Jahren starb in New York Harriet Beecher-Stowe, die in den fünfziger Jahren mit ihrem Roman Antel Zoms Hütte in fast allen Ländern und Schichten der Gesellschaft großes Aufsehen erregte. In den Südstaaten Amerikas freilich war die Entrüstung ebenso groß wie die Begeisterung im Norden über die ergreifende Schilderung des Sklavenhandels, welche der Roman enthielt. Diese Schilderung gab den ersten Anstoß zur Sklavenemanzipation. Damals hatte unsere Gesellschaft noch Interesse an sozialen Romane, zumal derselbe seinen Schauplatz im ameritanischen Süden hatte, also weit vom Schiffe — heute ist das anders geworden, da wA ein sozialer Roman nicht mehr bezaubert, zumal wenn er die Verhältnisse im eignen Hause schildert — von den eignen Sünden will man nichts hören und lesen.

Industrie und Gewerbe.

Vor wenigen Tagen ist einer der größten Ringe zu stande gekommen, der Truht der Nähgarnfabriken in England. Mit 100 Millionen Franken Kapital tritt die Vereinigung der vier größten bisher einzeln bestehenden Fabriken auf den Markt, und mit 500 Prozent bot sie ihre Aktien aus und fand Abnehmer, das heißt eine Aktie von 1250 Fr. Kennwert wurde mit 6250 Fr. verkauft! Das bedeutet, daß die Kapitalisten annehmen, das neue Unternehmen werde mindestens 20 bis 25 Prozent Dividenden abwerfen und im stande sein, den Preis für Nähgarn in die Höhe zu schrauben! Die ohnehin gedrückten Konfektionsarbeiter müssen hiernach von neuem sich — einschränken zu Gunsten der Herren Kapitalisten.

Reine, Rassen usw.

Der Allgemeine Deutsche Buchhandlungsgehilfen-Verband, seit 25 Jahren bestehend, in der Hauptsache Unterstützungszweck verfolgend, zählt zur Zeit 2151 Mitglieder. Der Verband hat unter Mitwirkung der Prinzipale, deren Sympathien er infolge seines „Wohlverhaltens“ besitzt, in der Witwen- und Waisenkasse 313016 22, in der Alters- und Invaliden-Zuschußkasse 56603,44 Mk. angeammelt. Außerdem besitzt derselbe eine Krankenkasse und einen Stellennachweis.

Der Verein der Berliner Wollfilzfabrikanten will nach bekannten Mustern die Arbeiter durch Gründung einer Hilfskasse und eines Arbeitsnachweises zähmen. Sie versprechen den Arbeitern für 10 Pf. (die weiblichen sollen nur einen Scher bezahlen) Wochenbeitrag Zuschuß zum Krankengeld, Begräbnisbeihilfe, Wöchnerinnen-Unterstützung, auch Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und in besonderen Notfällen. Da kaum vorauszusetzen ist, daß die Fabrikanten den jedenfalls bedeutenden Fehlbetrag aus eigener Tasche decken, so werden die Arbeiter diesen Fehlbetrag entweder in Form einer successifiven Wohnkürzung oder auch direkt selbst zu zahlen haben.

In Magdeburg erlitten Folgte Staatsanwaltschaft und Schöffengericht eine Niederlage. Sie hatten behauptet, daß eine Versammlung der Prehkommission der Volkshilfe in me sich notwendigerweise mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt haben müsse. Das Landgericht hielt den Beweis für die besagte Behauptung nicht für erbracht, hob das Urteil erster Instanz (50 Mk.) auf und erkannte auf Freisprechung.

Die Tschechen haben auf ihrem tschecho-slavischen sozialdemokratischen Parteitage Stellung gegen die Gewerkschaften genommen. Sie beklagen die seitens der Zentrallleitung der gewerkschaftlichen Organisationen verübte Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der in den Fachorganisationen konzentrierten tschecho-slavischen Arbeiter, ferner die Ausfälle der gewerkschaftlichen Wortführer auf die politische Organisation der tschecho-slavischen Arbeiter Niederösterreichs und verlangen die Errichtung eines tschechischen Sekretariats bei der österreichischen Gewerkschaftskommission und eine entsprechende Vertretung in der Zentrallleitung der Gewerkschaften. Die Einleitung der Nationalitätenfrage in die gewerkschaftliche Organisation zeigt davon, daß die Herren Tschechen sich über die eigentliche Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht klar geworden sind.

Arbeiterbewegung.

Die Abrechnung vom Konfektionsstreik in Berlin ergibt eine Gesamteinnahme von 67889,02 Mk., welche die Ausgaben nur um 86,41 Mk. übersteigt. Von den eingelaufenen Geldern wurden von den Berliner Gewerkschaften 9720,58 Mk. zum Schneiderverbande 4213 Mk., aus bürgerlichen Kreisen 13233 35 Mk., endlich durch Vitenfassungen 13605,09 Mk. aufgebracht. Von den 23805 am Ausstande beteiligten Personen haben 18405 eine Streikunterstützung von zusammen 45682,12 Mark erhalten. Die Streik-Kontrolle erforderte einen Aufwand von 518 Mk., während die Agitation zur Zeit des Ausstandes die gleiche Summe kostete. Die Ausgabe für Druckfachen belief sich auf 4752 Mk. An Anwaltsgehöhen und Gerichtskosten wurden 400 Mk. gezahlt. Das aus Parteigeltern aufgenommene Darlehen in der Höhe von 15000 Mk. ist bereits zurückgestellt. Außer

diesen Summen wurden von der evangelisch-sozialen Frauengruppe 5480 Mk. direkt an die Streikenden ausbezahlt.

Vorstellungen, die vier Zimmerleute in Cannstatt während des Streiks einem ihrer fortarbeitenden Kollegen machten, hatten eine Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der G.O. zur Folge und da sie diese Vorstellungen mit Faustschlägen begleiteten, hatten sie sich zugleich wegen Körperverletzung zu verantworten. Zwei der Angeklagten gingen frei aus, die beiden anderen wurden zu 3 bzw. 1 Woche Gefängnis verurteilt und diese Strafen in zweiter Instanz auf 2 Monate bzw. 5 Wochen erhöht. — Beim Schreinerstreik in Nürnberg sollen sich drei Arbeiter der Berufserklärung schuldig gemacht haben, sie wurden aber vom Schöffengericht freigesprochen. Der Anwalt gab sich damit nicht zufrieden und hatte vor dem Landgerichte den Erfolg, daß zwei der Uebelthäter zu je 14 Tagen, der dritte zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Ein Maurer in Dresden, der am 15. Juni während des Streiks auf einem Neubau seine Kollegen nach dem Lohne fragte, wurde vom Bauleiter vom Plage gewiesen und, weil er nicht sofort die ihm Gebote nachkam, von einem Gendarm, der sich „zufällig“ in der Nähe befand, arretriert und dann in Untersuchungshaft genommen. Das Schöffengericht erkannte wegen Hausfriedensbruches und Widerstandes, welchen letztern der Angeklagte gegen den Gendarm verübt haben sollte, auf zwei Wochen zwei Tage Gefängnis, welche durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Barth Rücksticht auf die Kerben der Sozialdemokraten nahm das Schöffengericht in Mühlhausen in Thür. Ein Zigarrenarbeiter wurde zu 10 Mk. verurteilt, weil er durch Ausbringung eines Hochs auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie groben Unfug verübt habe. Dem Einwande, daß die Versammlung eine sozialdemokratische und nur Sozialdemokraten anwesend gewesen seien, begegnete der Gerichtshof damit, daß auch Sozialdemokraten über ein solches Hoch sich ärgern könnten, da ein Teil derselben bemüht sei, die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur auf gefeßlichem Wege, nicht durch Revolution zu ändern.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonbranche in Berlin lehnten den Anschluß an den geplanten Ausschuss der Buchbinder ab.

Die gegen einen Tuchweber in Kottbus wegen Vergehens gegen § 153 der G.O. verhängte Strafe von drei Monaten Gefängnis wurde in der Berufungsinstanz auf drei Wochen herabgesetzt. Er hatte zu einer Arbeiterin, die währen des Streiks fortarbeitete, gesagt: Sie dürfe sich nicht wundern, wenn ihr beim nächsten Vergnügen etwas an den Kopf fliege.

Verbandsnachrichten.

Zentral-Invalidenkasse in Viqu.

Ausführung über die im 1. Qu. 1896 erlassenen Unterstützungen usw.

Gau	Einnahme		Ausgabe		Som. Rückst. zurückgelegt für 2. Qu.
	vor resp. die Hälfte von der Gesamtheit für 1. Qu.	96	zurückgelegt	zurückgelegt	
Berlin	2559,94	2169	200	34,85	156,09
Dresden	1855,60	1664	100	24,00	67,60
Erzgebirge-Vogtland	272,06	91	—	0,60	180,46
Frankfurt-Hessen	1932,50	1309	100	18,70	504,80
Hamburg-Altona	2500,00	1911	—	32,90	556,10
Hannover	2500,00	1999	100	29,80	371,20
Leipzig	4567,00	3969	100	27,00	478,00
Mecklenburg-Vorpommern	890,30	819	—	5,10	66,20
Mittelrhein	1267,67	819	—	24,46	424,21
Nordwest	813,34	546	—	2,30	270,04
Oberrhein	947,90	659	60	9,40	219,50
Oder	1373,35	1001	—	21,10	351,25
Osterrhein-Thüringen	1017,65	788	100	11,55	118,10
Sipreußen	608,25	455	—	6,85	146,40
Polen	468,00	364	—	5,00	99,00
Rheinland-Westfalen	990,50	728	—	12,00	250,50
An der Saale	393,70	182	—	0,60	211,10
Schlesien	2173,95	1828	100	27,75	220,20
Schleswig-Holstein	572,06	273	—	4,15	295,51
Westpreußen	241,70	91	—	1,45	149,25
Württemberg	2105,95	1729	—	8,70	368,25

Bilanz.

Einnahme:
An Saldo vom 31. März 1896 Mk. 947835,75
„ Zinsen usw. „ 2830,75
Sa.: Mk. 950666,50

Ausgabe:
Per Unterstützung, Verwaltung usw. Mk. 25414,91
„ Saldo-Vortrag v. 1. Juli 1896 „ 925251,59
Sa.: Mk. 950666,50

Anmerkung. Erste Abrechnung (An der Saale) eingegangen den 7. April, letzte (Präsident) d. d. 30. Juni 1896. — Inabtheilung am 1. April 1896 nach Abzug der im 1. Quartal 1896 gestorbenen (9) 251.

Struttgart, 12. Juli 1896.
Dr. Krundts, Hauptkassierer.
G. Durst, D. Schenk, B. Bunz.

